

**Gemeinsam Stadt machen!**

# **Dokumentation Werkstatt II - Anhang**

**15.10.2018**

**Vollgutlager Neukölln**



Anhang: Abschriften der Arbeitsgruppen- und Onlineergebnisse .....	3
Station 1: Präambel .....	3
Kommentare des Grundsätze-Parcours .....	3
Kommentare des Online-Dialogs .....	4
Station 2: Umgang miteinander .....	6
Kommentare des Grundsätze-Parcours .....	6
Kommentare des Online-Dialogs .....	7
Station 3: Bürgerinnen und Bürger in Beteiligungsprozessen stärken .....	8
Kommentare des Grundsätze-Parcours .....	8
Kommentare des Online-Dialogs .....	10
Station 4: Entscheidungsspielräume festlegen und darin Ergebnisoffenheit garantieren .....	11
Kommentare des Grundsätze-Parcours .....	11
Kommentare des Online-Dialogs .....	13
Station 5: Beteiligungskonzept entwickeln .....	14
Kommentare des Grundsätze-Parcours .....	14
Kommentare des Online-Dialogs .....	16
Station 6: Anregung von Beteiligung .....	16
Kommentare des Grundsätze-Parcours .....	16
Kommentare des Online-Dialogs .....	18
Station 7: Frühzeitigkeit/Zeit .....	19
Kommentare des Grundsätze-Parcours .....	19
Kommentare des Online-Dialogs .....	20
Station 8: Viele Verschiedene beteiligen .....	21
Kommentare des Grundsätze-Parcours .....	21
Kommentare des Online-Dialogs .....	23
Station 9: Information und Transparenz .....	24
Kommentare des Grundsätze-Parcours .....	24
Kommentare des Online-Dialogs .....	25
Station 10: Verbindliche Rückmeldung zu den Ergebnisse der Beteiligung .....	26
Kommentare des Grundsätze-Parcours .....	26
Kommentare des Online-Dialogs .....	27
Station 11: Budget/Ressourcen .....	28
Kommentare des Grundsätze-Parcours .....	28
Kommentare des Online-Dialogs .....	30
Station 12: Begleitung, Bewertung und Weiterentwicklung der Leitlinien Bürger*innenbeteiligung .....	30

Kommentare des Grundsätze-Parcours .....	30
Kommentare des Online-Dialogs .....	31
Station 13: Themenspeicher .....	32
Kommentare des Grundsätze-Parcours .....	32
Pecha Kucha Beiträge .....	35

# Anhang: Abschriften der Arbeitsgruppen- und Online-ergebnisse

## Station 1: Präambel

### Kommentare des Grundsätze-Parcours

"Verbindlichkeit" der Standards präzisieren, damit sie z.B. nicht bei anderen politischen Verhältnissen weg"gefegt" werden...
Wie fädelt sich hier der parteipolitische Entscheidungsraum ein? Ende der Legislatur = Ende der Bürgerbeteiligung?
Wie soll das gewährleistet werden? Mehrheiten wechseln im Parlament + können neu entscheiden
<u>Ziele:</u> (m.E.) die Akzeptanz von Entscheidungen fördern
Beteiligung als Mittel zur Stärkung der lokalen Demokratie verstehen
Können über Senatsbeschluss / AH Beschluss die Bezirke verpflichtet werden, entsprechend zu beteiligen? Ist ein BVV Beschluss nötig
Müssen die Leitlinien nicht auch von den BVVen beschlossen werden? Z. 19/20 Die meisten Stadtentwicklungsprojekte liegen in Verantwortung der Bezirke.
Nutzt in diesem Prozess das lokale Wissen der Bezirksämter.
Zeile 24: Leben statt wohnen Leben ist breiter gefasst und schließt mehr Menschen ein
Z. 24 einfügen: "leben" Auch Wohnungslose sind BürgerInnen + EinrichtungsbewohnerInnen
Genauere Definition des Begriffs Bürger*innen, leider gehören für viele Kinder + Jugendliche nicht dazu
Bei der Def. "Bürgerinnen + Bürger" (Z. 23) sollten <u>alle</u> Altersgruppen (auch unter 18 J.) ergänzt werden.
Welche Personen(gruppen) werden ausgeschlossen, wenn wohnen + arbeiten die Basis für den Bürger*in-Status bilden?
Stadtentwicklungsbeteiligung kann nicht nur auf "räumlich" reduziert werden
Z. 8: + soziale & ökologische Auswirkungen
Die Leitlinien sollten auch für Verkehrsplanungen gelten, die Teil der Stadtentwicklung sind.
Leitlinien sollten auch für Bereich Straßen / Plätze / Verkehr ausgeweitet werden.
Stadtentwicklung = Wohnen + Verkehr
Link zu anderen "Bürgerbeteiligungsprojekten" --> SenWeb, SenUVK, Wohnungsbau etc.
<u>den Grundsatz</u> / das Ziel sozial und geschlechtergerechte Stadtentwicklung benennen!
Stadtentwicklung muss umfassend verstanden werden und auch Fragen der sozialen Infrastrukturentwicklung / Schulentwicklung ... usw. umfassen!

Klärung ist erforderlich: Was wird unter "Beteiligung" mindestens verstanden? Information ist noch <u>keine</u> Beteiligung, aber Voraussetzung dafür!
Beteiligung' - schließt sie auch die Verantwortung ein?
Welcher Raum wir der "neuen" Informalität gegeben, wenn die ursprüngliche "informelle Beteiligung" formalisiert wird?
Kann "informelle Beteiligung" durch Leitlinien geregelt werden? Wird sie dadurch nicht formalisiert?
Zeile 10-16: Unbedingt das Verhältnis formeller + informeller Prozesse klären. Informelle Prozesse können leider oft nicht das Vorhaben grundsätzlich verhindern...
Verbindlichkeit muss näher erläutert werden! Es muss deutlich gemacht werden, dass die Leitlinien keine rechtliche Wirkung haben, sondern verbindliche Standards für die informelle Beteiligung durch Verwaltung etc. darstellen. Es besteht kein Klagerecht - aber Rechenschaftspflicht!
Welcher Zeitraum bedeutet " <u>regelmäßig</u> " geprüft?
Z- 10-16: informelle Beteiligung beginnt in all ihren Graswurzel-Formen <u>weit VOR</u> jeglichen offiziellen Beteiligungsprozessen -- sollen recherchiert und in 'offiziellen' Beteiligungsprozess einbezogen werden
Wie wäre es noch mit einem Glossar? Begriffe definieren / abgrenzen
Es ist zu klären, in welchem Verhältnis die Grundsätze + Instrumente zum "Handbuch Partizipation" stehen.
Es wird beteiligt zum "Wie" nicht zum "Ob"!
Bezug zur Agenda 2030 herstellen ("alle mitnehmen")
Leitlinien der "wachsenden Stadt" sind übergeordnet auch zur Reglementierung von Beteiligung zu entwickeln!
Konsens, den braucht es
Wie werden "größere Fragen" aus "kleinen" Konflikten adressiert?
Wirtschaft als Partner wichtig --> warum nicht im Gremium vertreten?
Und was ist mit der Bürgerbeteiligung bei der Projekt PS Wedding??
Was ist mit den Vorkaufsrechten, die nicht ausgeübt werden?

## Kommentare des Online-Dialogs

Warum betonen sie, dass Bürger*innen nur diejenigen sind, die in Berlin wohnen und arbeiten? Gelten die Leitlinien ausschließlich für sie? Demokratie lebt vom Diskurs und dieser sollte nie ausschließlich sein. Alle, denen Berlin am Herzen liegt, sollten mitreden dürfen.
Da weder das Leben in (und das Interesse an) Berlin nur aus Wohnen und Arbeit besteht, noch eine vernünftige räumliche Stadtentwicklung nur bis zur Stadtgrenze gedacht und geplant wird, sollte diese Definition der zu beteiligenden Bürger*innen bitte deutlich weiter und offener sein.
Es sollte definiert werden, was unter Bürger*Innenbeteiligung im Sinne dieser Leitlinien zu verstehen ist. Die Partizipationsleitlinien der landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften gehen beispielsweise von 4 Beteiligungsstufen aus, wobei jedoch bereits "Information" als Beteiligungsstufe verstanden wird. Soll das

<p>auch für diese Leitlinien gelten oder wird hier - sinnvollerweise - als Beteiligung erst das aufgefasst, was über die Stufe der "Information" hinausgeht?</p>
<p>Information reicht bei weitem nicht aus. Hier geht es um Meinungsumfragen, Anhörung und Diskussionsveranstaltungen, Mitspracherecht bei der Gestaltung der unmittelbaren Umgebung. Möglich wären hier auch Abstimmungsverfahren zum Ob und Wie verschiedener Angebote. Die Bürger haben ja auch beim Bürgerhaushalt Mitspracherechte, warum nicht auch bei der Gestaltung ihrer Kieze. Das Leben soll schöner und nicht enger und schlechter werden. Bei aller Großstadtlage. Wieviel</p>
<p>Welcher Teil der Vorlage genügt der gesetzlich vorgeschriebene Beteiligung nach dem Baugesetzbuch (BauGB) ("formelle Beteiligung")? Welcher Teil der Vorlage sind Vorschläge für eine "informelle Beteiligung"?</p> <p>Mehr Struktur wäre wünschenswert!</p>
<p>Bei der "informellen Beteiligung" müssen sich die Beteiligungsprozesse an den aufgestellten Grundsätzen der Leitlinien orientieren und deren Berücksichtigung dokumentieren." Was heißt orientieren? Klingt eher unverbindlich und ist letztendlich Auslegungssache.</p>
<p>Ein fester Turnus der Überprüfung wäre wünschenswert, "regelmäßige" Überprüfung ist zu ungenau, grade in der aktuellen Zeit der schnellen Veränderungen</p>
<p>Ich finde es sehr gut, dass die informelle Beteiligung nun einen Orientierungsrahmen bekommt! Ich halte es für wichtig, die Dokumentation der Berücksichtigung der Leitlinien öffentlich und transparent und somit auch für Bürger*innen nachvollziehbar zu machen.</p>
<p>Wer finanziert die Moderation des Beteiligungsprozesses? Die Finanzierung muss transparent sein. Wenn die Finanzierung von Investoren geleistet wird, kann der Moderation unterstellt werden parteiisch zu sein. Es sollten eindeutige Ansprechpartner*innen in der Verwaltung benannt werden, die Auskünfte zu dem Projekt an alle Akteure gleichermaßen weitergeben dürfen. Ergänzend weitere Informationen zur Verfügung stellen, wie Studien und Erhebungen, die von den Verwaltungen bereits in einem anderem Zusammenhang erhoben, bzw. in Auftrag gegeben wurden, z.B. Soziales Infrastrukturkonzept (SIKo)</p>
<p>Sehr geehrte Frau Lompscher, die Bürgerbeteiligung hatten wir als Bürgerinitiative Cecilienviertel auch in unserem letzten Brief an Sie vom August 2018 als Bausenatorin eingefordert, da Sie uns diese auch zugesichert hatten in dem letzten Besuch im Ministerium am 8. 5. 2018. Wir haben hier bei unserem Verdichtungsbau allerdings seit einem Jahr keinerlei Rechte erhalten, weder eine vernünftige und rechtzeitige Information, noch ein Mitspracherecht als Betroffene und Leidtragende im . Leider sind in unserem Stadtbezirk nicht nur wir in Widerspruch zu der Stadtbezirkspolitik gegangen, sondern noch viele andere Bezirksinitiativen wie die von der Waldkita im Buckower Ring, die Initiative am Hultschiner Damm, im Murtzaner Ring, im GemeinGut Hellersdorf, in der Kastanienallee in Hellersdorf etc. Wenn alles abgedichtet ist, kommen Sie mit Ihrer Bürgerbeteiligung zu spät. So ist der Stand. Bei uns könnten morgen schon die Bagger anrollen...Da haben offenbar weder rbb -Abendschau, noch die Presse, noch so viele Gespräche mit degewo oder BA bzw. eine Petition etwas ausrichten können. Die Bürger sind sehr frustriert. Ändern Sie das, möglichst rückwirkend, damit wir das noch erleben können. Sie sind uns noch Ihr Versprechen und eine Antwort</p>

schuldig geblieben.

Mit freundlichen Grüßen

Dagmar Lenz

## Station 2: Umgang miteinander

### Kommentare des Grundsätze-Parcours

Gebärdensprache? Verschiedene Sprache --> Zettel auf anderer Sprache, Protokoll schreiben gleichzeitig, Werbung auf verschiedenen Sprachen
Was ist eine leichte und verständliche Sprache?
Andere Sprachen/Kulturen aktiv einbeziehen. Auch z.B. an (strukturellen) Analphabetismus denken
Nicht "grundsätzlich" sondern "stets" leichte und verständliche Sprache
verständliche Sprache ist wichtig für raumwirksame Vorhaben bedarf es aber auch verständlicher, bildlicher Darstellungen. "Pläne" können viele nicht "lesen"
Wie kann eine gemeinsame Sprache gefunden werden?
neutral und professionell --> ausgebildete Moderatoren
Trägerunabhängige Moderation u. Realisierung (Investor zahlt in Fond, transparente Verwaltung)
Beteiligung soll neutral und professionell begleitet und moderiert werden
inklusive altersgerechte Ansprache und Informationen
Wenn die Verwaltung/der Vorhabenträger die Informationen zum Projekt bereitstellen soll, so soll auch der Bürger in der Pflicht sein, sich zum Projekt zu informieren
Keine Interessengruppe ausschließen! Vorurteilsfreier Umgang mit Investoren, sonst bleibt Partizipation ein Papiertiger
Anti-Diskriminierungshaltung sehr viel stärker ausdrücken: Umgang soll <u>nicht</u> rassistisch, sexistisch, anti-semitisch, homophob sein
Umgang aller Beteiligten auf "Augenhöhe", auch mit Kindern und Jugendlichen
Rahmenbedingungen für Beteiligung: Wie werden Ältere (ohne Internet) eingebunden?
Der erste Schritt fehlt: Wie bringen wir Politik und Öffentlichkeit dazu, der Verwaltung wieder zu vertrauen? Wir sind die Sündenböcke
An Beteiligung beteiligte Gruppen müssen sich demokratisch legitimieren
Was ist unter Machtverhältnissen genau zu verstehen?
Das Wort "Machtverhältnisse" sollte klarer definiert werden. Was ist damit gemeint? Zuständigkeiten? Gesetze?
Checks und Balances anstellen - "Neutralität"
Mehrfachabhängigkeit von Trägerinnen der Beteiligung steht gegen Neutralität (Auftragnehmer-Verhältnis)
Wie soll "Neutralität" rechtlich werden?
Was soll "neutral" bedeuten? Warum nicht die Schwachen stärken?
Gute Moderation kostet Geld. Wer bezahlt die Moderatorin/den Moderator? Und wie verträgt sich dieses Auftragsverhältnis mit dem Prinzip der Neutralität?
Zeile 22: Wer bearbeitet die Stellungnahme zu genannten Einwänden? Neutralität beachten
unterschiedlichen Meinungen Raum lassen - ja, aber unter dem Rahmen des Grundgesetzes

keine Toleranz der Intoleranz --> nicht jede Meinung
Was passiert, wenn Meinungsverschiedenheiten unterschiedliche Personen zu Konflikten eskalieren? Wie sähe ein Beteiligungsprozess aus?
Dominanz einzelner Personen verhindern
Zeile 10: "gewaltfrei" zu respektvoll und wertschätzend dazu nehmen
Die Politiker dürfen Veranstaltung nicht für "Wahlkampf" nutzen und die Diskussion dominieren
Barrierefreiheit (Sprachlich und baulich) --> der Raum muss barrierefrei sein
Mehrfacheinwendungen einer Person/von Personen bzw. Gruppen müssen wirksam unterbunden werden, damit ein Übergewicht einzelner verhindert wird
Rücksichtnahme heißt Lärmschutz auch in Großstädten!
Vermeidung von einseitigen Verabsolutierungen. Keine Demagogie
wissenschaftlich gesicherte Erkenntnisse über Gemeinwohl - Erfordernisse müssen der Beteiligung zugrunde gelegt werden
Diese Veranstaltung ist für Menschen mit Einschränkung nicht freundlich

## Kommentare des Online-Dialogs

<p>Hinsichtlich des Punktes "02. Umgang miteinander" möchte ich folgenden Aspekt einbringen:</p> <p>Bei der gestrigen Veranstaltung, aber auch auf anderen Fachveranstaltungen zum Thema Beteiligung wird einerseits der "respektvolle und wertschätzende" Umgang miteinander eingefordert, auf der anderen Seite aber immer von "der Verwaltung" gesprochen. Aus meiner Sicht (selbst Mitarbeiter eines landeseigenen Unternehmens) ist diese institutionelle Sicht auf den angesprochenen Personenkreis – von dem Bereitschaft zur Teilnahme an Partizipationsformaten eingefordert wird – kontraproduktiv. Leitlinien sollten deutlich unterstreichen, dass der respektvolle Umgang auch gegenüber den Mitarbeiter*innen der Verwaltung gebührt. Dazu gehört auch "die Verwaltung" nicht nur als eine Institution zu betrachten, die zugegebenermaßen schwierig für Außenstehende sein kann, sondern anzuerkennen, dass dort Menschen arbeiten, die sehr emotional mit Beteiligungsformaten umgehen; insbesondere wenn sie dort harsche Kritik erfahren.</p> <p>Aus eigener Anschauung weiß ich, dass manchen Mitarbeiter*innen Angst und Bange wird, wenn sie wissen, dass sie vor 200 Teilnehmern einer Beteiligungsveranstaltung eine Planung erläutern müssen, die sie vielleicht nicht persönlich, sondern nur aufgrund vorhandener Gesetzeslage unterstützen. Auch dieser Umstand führt dazu, dass behördliche Mitarbeiter*innen häufig widerspenstig auf jedwede Form von informeller Beteiligung reagieren.</p> <p>Respektvoller Umgang bedeutet also auch, Mitarbeiter*innen von Behörden die Angst der Teilnahme an diesen Verfahren zu nehmen. Durch einen netten Umgang miteinander und dadurch, dass man darauf achtet ihre Persönlichkeit, bei aller Kritik die man an der Planung haben mag, zu schützen.</p> <p>Letztendlich sollen Beteiligungsverfahren zur Normalität bei relevanten (städtebaulichen/stadtplanerischen) Vorhaben werden. Zum Gelingen beitragen würde es, „der Verwaltung“ (also den Mitarbeiter*innen) die Angst vor Beteiligungsverfahren zu nehmen und bestenfalls sogar Spaß an solchen Verfahren zu wecken.</p> <p>Ceci n'est pas une participation. Als Mitarbeiterin der Verwaltung sehe ich in diesem Prozess wieder die misstrauische Haltung gegenüber der "Bürokratie" angelegt, die uns in der Planungspraxis seit Jahren begegnet. Verfassungsrechtlich, sagt z.B. Art.20 GG, sind wir der "neutrale" Akteur, der in seinem Handeln an Recht und Gesetz gebunden ist. Nur die Verwaltung arbeitet im Interesse des Gemeinwohls, ohne</p>
--



Gewinnabsichten. Wenn ein Bürgermeister ohne Rückversicherungen einem Investor gegenüber voreilig Versprechungen macht, ist es für "die Verwaltung" sehr schwer und mühsam, noch das Gemeinwohl im Projekt zu stärken. Über diese verborgenen Entscheidungsprozesse und die Verpflichtung auch der Politik, nicht parteiwohlorientiert, sondern sachorientiert zu arbeiten, schweigen sich die Leitlinien aus. Wenn hier Ehrlichkeit eingefordert wird, dann gehört dazu auch die Analyse der Gründe, warum "die Stadtplanungsämter" nicht so ergebnisoffen, nicht so intensiv in der Vergangenheit beteiligt haben, wie sie das von der Sache her gerne gemacht hätten. Einer davon ist das knappe Budget der Bezirke und die fehlenden Kapazitäten. Ein anderer die Ungeduld unserer Auftraggeber, nicht zu lange Zeit für Planungsprozesse zu verschwenden.

Die Bezirke leisten schon heute den Großteil der Kontaktarbeit mit dem Bürger. Das findet sich in der hier gewählten Herangehensweise nicht wieder und führt zu der Gefahr, dass die Senatsverwaltung mal wieder Prozesse top down abwickelt. Der Rat der Bürgermeister ist nicht mit der operativen Ebene gleichzusetzen. Fragen Sie die Sachbearbeiter, Sie werden überrascht sein, wieviel endogenes lokales Wissen in den Bezirken über die Sorgen der Bürger vorhanden ist! Das kann ein Bürgermeister, der seit 2 Jahren im Amt ist, in der Dichte gar nicht wiedergeben. Also, eine präzisere Benennung schon in den Leitlinien darüber, wer seine Rolle und Interessen transparent machen soll, wäre eine wichtige Voraussetzung für "Ehrlichkeit".

M. E. reicht es nicht Meinungen und Einwände zu dokumentieren und Stellungnahmen dazu abzugeben. Die Argumente für oder gegen etwas sollten dargelegt und dokumentiert werden. Konsense, Dissense und Kompromisse sollten dargestellt werden. Wenn man sich nicht mit dem Für und Wieder auseinandersetzt, kann man auch nicht zu Lösungen kommen.

Schwierig in der Umsetzung stelle ich mir vor, "Machtverhältnisse transparent darzustellen und zu hinterfragen". Wie soll das in der Praxis funktionieren. Häufig sind diese nicht eindeutig. Ich schlage deshalb vor, Interessen darzulegen und zu hinterfragen.

## Station 3: Bürgerinnen und Bürger in Beteiligungsprozessen stärken

### Kommentare des Grundsätze-Parcours

Wie erreichen Sie Menschen mit Migrationshintergrund?
Zielgruppen mit höchstem Bedarf stärker motivieren, damit deren Bedürfnisse nicht unterrepräsentiert werden
Zeile 7-9: Mir stellt sich die Frage, wie genau <u>diese</u> Einbindung " <u>dieser</u> " betroffenen Bürger und Bürgerinnen vonstattengehen soll?
Wie erreichen Sie bildungsferne, ältere, etc. BürgerInnen?
Wie beteiligen wir die vielen Wohnungssuchenden? Nur die lokale Bevölkerung wird wahrgenommen.
Wie werden Bürger*innen erreicht, die keine Anlaufstelle erreichen?
Kinder- und Jugendinteressenvertretungen wie KiJuParlamente, KiJu Beteiligungsbüros, KiJu Beauftragte der Bezirke, Spielplatzkommissionen einbeziehen bzw. vorab mitinformieren
Wie erfahren Ältere (ohne Internet!) von ihren Möglichkeiten zur Beteiligung?

Zeile 7: Was ist das Kriterium für "benachteiligt"? Wer entscheidet das? Sollte es nicht besser "... Einbindung <u>betroffener</u> Menschen..." heißen?
Was ist mit Kindern und Jugendlichen? --> besondere Ansprache / Beteiligung?
benachteiligt sind immer betroffene Bürger im Entwicklungsgebiet - sie brauchen Stärkung und Sicherheit -->
Stellung beziehen für die Armen
Die Kleingärtner sind schon stark genug!
Neutral + Professionell
Zeile 13: <u>neutrale</u> MentorInnen
Wer finanziert / besetzt die Anlaufstelle? --> Neutralität
Eine Anlaufstelle kann kein Ersatz für offene Fachämter sein
Anlaufstellen sind bekannt
Aufsuchende + begleitende Arbeit der Mentor*innen
Wie neutral sind die Anlaufstellen?
Wie geht gute Beteiligung ohne Öffnungszeiten? Zeitabhängigkeit (Veranstaltungen, Workshops) stellt für viele Menschen mit Beruf & Familie eine Barriere dar.
Z. 11: Anlaufstelle online / offline realisieren online: Zugangshürden (mehrfache Anmeldung) vermeiden --> als Ergänzung
Besser mehrere dezentrale Anlaufstellen --> Quartiersmanagement
Dazu gehört auch der Zeitpunkt der Beteiligung! Normale Arbeitnehmer*innen schaffen Öffnungszeiten bzw. Beteiligungsveranstaltungen zwischen 9 -18 Uhr wochentags nicht zu besuchen! Die Anlaufstelle sollte bestenfalls auch samstags geöffnet sein!
Es muss gesichert werden, dass Mentoren hauptamtlich beschäftigt sind. Professionalität, Verlässlichkeit, Kontinuität, Qualität
Fortbildung für Moderatoren + beteiligte Verwaltung ermöglichen (professioneller Umgang mit Beteiligung)
Formate wie diese silent discussion oder e-participation verleihen "stilleren" Menschen den Mut mit zu machen.
Eine gute App entwickeln für die Beteiligung der Generation ab 16 Jahre und jünger
"Leise Stimmen" haben auch die, die zwischen Beruf + Familie wenig Zeit für Beteiligungsveranstaltungen haben --> Online-Formate mitdenken
Community Planning
anwaltliche Planung
Online-Beteiligung hat keine Öffnungszeiten!
Demokratische Beteiligungsformen finden - (keine) Lautschreier bestimmen Prozessergebnisse
Beispiele, wer hat Bürgerbeteiligung zum Erfolg geführt? (...???)
Best practice Beispiele aus anderen Städten geben

Barrierefreie Kommunikation z.B. Sprache, Sinnesbeeinträchtigungen...
Interkulturelle Kommunikation ermöglichen / fördern.
Beteiligung von Klein auf ermöglichen --> dann werden sich Jugendliche + Erwachsene später auch einbringen (Selbstwirksamkeit)
Bürger*innen brauchen Knowhow - Das sollte schon in der Schule geübt / vermittelt werden.
Statistische / Systematische Umfragen durchführen, wie die Bürger leben, wohnen arbeiten wollen --> Mehr Datenerhebungen zu WIE
Einladen, Einladen, Einladen zu Ideen, zu Krisen / Lösungsvisionen, zum gemeinsamen Wohnen & Leben & Gestalten
Stadt aus Sicht der "Anderen" (an die sonst nicht gedacht wird + die nicht dabei sind) denken
Anwohnerinteressen gesamtstädtisch hinterfragen!
Vorhandenes Bürgerinnennengagement aufnehmen (Ko-Produktion)
Z. 7-10: Wer entscheidet über Interessenvertreter & deren Neutralität? (Parteizugehörigkeit, Verbandszugehörigkeit)
Ersatz entstandener Aufwendungen für Engagierte ohne Einkommen regeln.
Keine falschen Versprechungen machen
Zeile 4: Ergänzend zu erleichtern muss ermöglichen erfolgen. Die Bürger sollen erkennen, dass ihre Beteiligung Relevanz für die Entscheidung hat.
Zeile 15-16: Gewichtung der Anregung --> Bürger*innen = Politiker?
Sherryl Arnstein spricht von Kooptierter Partizipation, die den Vorgaben von Politik und Verwaltung folgt: Für sie das Gegenteil von Mitwirkung. Wofür ist das drängende + ... von Partizipation?
240.000 demonstrieren <u>für</u> Mitwirkung an der Produktion von Stadt und einer entsprechenden Haltung. Hier höre ich meist von engen Beteiligungskorridoren.
Besser wäre Inklusion als Ansatz. Keine passive "Einbindung".
Wie wird verhindert, dass Beteiligung nicht dazu führt, dass benachteiligte Menschen / Gruppen ausgeforscht werden, um sie gezielter auszuschließen?
Dank der hohen Anzahl von Menschen mit Migrationshintergrund in der Stadt, wäre es vernünftig über Anwohner*innenbeteiligung zu sprechen.

## Kommentare des Online-Dialogs

Was ist denn mit der Stärkung benachteiligter Menschen gemeint? Soll es um die Unterstützung benachteiligter Menschen gehen, damit diese sich besser einbringen können?
Es kann nur starke Beteiligungsprozesse geben wenn Bürger*innen auch ernst genommen werden. Dazu gehört ein transparentes Verfahren, offene Daten, Spiegelung von offline und online Formaten, verpflichtende Archivierung der Ergebnisse.
Das man bei Mentorinnen zu geregelten Öffnungszeiten ( eine Stunde Mittwoch Vormittags) ein Kommentar abgeben kann ist extrem von gestern!

Bei Terminen sollte berücksichtigt werden, dass viele interessierte Bürger*innen diese nur in Koordination mit ihrem Berufs- und Familienleben wahrnehmen können. Hier sind flexiblere Arbeitszeiten in der Verwaltung und den weiteren beteiligten Akteuren notwendig, die frühzeitig (min. 2 Wochen) angekündigt werden.
Wenn es mit der angestrebten Vielfalt der Beteiligung einschließlich benachteiligter Menschen ernst gemeint ist, reicht eine aufzusuchende Anlaufstelle mit geregelten Öffnungszeiten sicherlich nicht aus. Vielmehr braucht es eine breite Palette von Kontaktaufnahme-, Informations- und Beratungsmöglichkeiten bzw. -angeboten. Es muss dabei an ganz unterschiedliche Tagesabläufe, Zeitbudgets sowie Mobilitäts- und Kommunikationsgewohnheiten und natürlich (Vor)kenntnisse der Menschen gedacht werden...
das unterstütze ich! Online-Beteiligung wie diese bedeutet zeitliche und räumliche Unabhängigkeit und ist damit super flexibel! Die eine Form ist aber nicht besser als die andere. Wichtig ist, wie JS schreibt, eine breite Palette für eine heterogene Gesellschaft!
Benachteiligt sind m.E. auch Menschen, die sich nicht trauen, in großen öffentlichen Veranstaltungen ihren Mund aufzumachen. Es müssen online und offline Formate geschaffen werden, wo jemand auch ohne Mikro seine oder ihre Meinung sagen kann.
das Offenlegen von Daten finde ich auch sehr wichtig. Man benötigt Zugang zu Informationen, um sich eine qualifizierte Meinung bilden zu können!

## Station 4: Entscheidungsspielräume festlegen und darin Ergebnisoffenheit garantieren

### Kommentare des Grundsätze-Parcours

Nur bei Beteiligungsangeboten auf allen Planungsebenen ist die Spielraumbegrenzung auf der einzelnen Ebene akzeptabel
Wer entscheidet über Grenzen von Beteiligungsprozessen?
Wer vertritt diese ggü- der Öffentlichkeit?
Legitimation für die Begrenzung des Entscheidungsspielraums offenlegen --> z.B. rechtl. Übergeordnete vorausgegangene Planung
Wer entscheidet über den Entscheidungsspielraum? Wenn Politik und Verwaltung alleine entscheiden, kann es sein, dass die Bürger*innen nicht eine relevante Beteiligung haben.
<u>Wer</u> entscheidet über die Entscheidungsspielräume?
Einfluss auf Entscheidungsspielraum, z.B. durch Auflage an private Entwickler nehmen (Politik / Verwaltung) <-- gemeinwohlorientiert
Z. 4: Wer definiert den Spielraum, in dem ergebnisoffen beteiligt werden soll? Z.B. Auflagen für Bauherren --> Bezirk + Bauherr entscheiden über Spielraum
Problematisch, dass Verantwortliche des Vorhabens den Spielraum festlegen (sie sind daran interessiert, dass Projekt so umzusetzen)

Was ist, wenn der Entscheidungsspielraum für Beteiligte nicht akzeptabel ist. Auch hier muß eine Diskussionsoffenheit bestehen!
Möglichkeit den Entscheidungsspielraum in Frage zu stellen!
Wie flexibel und ergebnisoffen können die konkreten Rahmensetzungen in nicht planbaren Entwicklungen sein?
Es braucht eine Aussage über Veto-Möglichkeiten
Es braucht eine Aussage über Veto-Möglichkeiten
Es gibt oft keine Ergebnisoffenheit, weil ein bestimmtes Projekt umgesetzt werden soll. Es geht nicht um das "Ob" sondern um das "wie".
"Spielraum" setzt Begrenzung voraus, "Ergebnisoffenheit" suggeriert totale Mitentscheidungsmöglichkeit... Bei Vorhaben z.B. geht es aber meist nicht mehr um das "Ob", sondern nur noch um das "Wie".
Grundsätzliche Fragen der Stadtentwicklung sollten von Volk entschieden werden --> Volksentscheid
Standardisierte Verfahren - Abstimmung über das "Ob" (Ja / Nein)
Oft sind die Entscheidungsspielräume das Problem, z.B. leider zu spät... die Spielräume müssten der Kern der Beteiligung sein.
Die Wechselwirkungen zwischen Ziffer 4 und 5 weckt Erwartungen, die zu anspruchsvoll sind und sind inhaltlich + zeitlich zu herausfordernd!
Hier werden falsche Erwartungen geweckt. Entscheidungen unterliegen der LHO und dem sparsamen Umgang mit öffentlichen Mitteln. Mitsprache hat seine Grenzen.
Erwartungsmanagement!
Bildungsauftrag Bezirkspolitik über Partizipation aufklären
Wie schafft man es, dass Bezirkspolitik die Ergebnisse von Beteiligung anerkennt, trotz kritischer Stimmen?
Wie verhindert man, dass Bezirkspolitik nur zuschaut bei Beteiligung + hinterher das Ergebnis nicht anerkennt?
Wie geht man mit Konflikten um? --> Akzeptanz von Ergebnissen wenn einige wenige gegen Vorhaben laut agieren
"Scheitern" akzeptieren --> kann Neues entstehen lassen
Entscheidungen müssen auch , egal wie sie ausfallen, auch akzeptiert werden.
Teilweise redundant --> vgl. Nr. 9 "Information"
Z. 11: "Varianten" - sobald Varianten eines Verfahrens bestehen, ist der Planungsprozess bereits fortgeschritten? Dann besteht keine "Frühzeitigkeit!!!"
Wer entscheidet am Ende, welche Beiträge welche Gewichtung bekommen? Was passiert, wenn kein Konsens entsteht?
Entscheidungsspielraum in Form von Multiple-Choice-Methode?
Zeile 3: Adressat - Entscheidungsspielraum für wen?
zu Zeile 4&5: soziale Belange von Bürger*innen und Belange des Naturschutzes sollten / (müssen?) Vorrang vor finanziellen Interessen von Firmen oder Einzelnen bzw. Gruppen erhalten.

Es besteht die Gefahr, dass geplante Projekte zur "Legitimierung" einen Beteiligungsprozess anstoßen, die Grenzen dieses Prozesses aber vorher in einem das Projekt nicht gefährdenden Rahmen gehalten werden. So kann dann immer gesagt werden "Es gab eine Beteiligung", die aber letztlich nichts Grundlegendes ändern konnte.

Ziele / Information auch fachlich erklären. Z.B. die Sanierung eines Gebiets, oder Umsetzung von Großprojekten können viele Jahre dauern und durch Bürokratie verzögert werden! Langfristig und regelmäßig informieren ist wichtig.

Schlankere Prozesse (weniger Gewicht auf den Prozess, mehr auf die Entscheidung) -> auch kürzere Prozesse

## Kommentare des Online-Dialogs

Ein guter und notwendiger Grundsatz. In der praktischen Umsetzung wird sich zeigen, dass der Entscheidungsspielraum selten trennscharf definiert werden kann. Vielmehr findet sich bei allen anstehenden Entscheidungen ein diffuses Feld von Interessen, auch innerhalb von politischen Parteien und Verwaltungen. Das was Stakeholder A als entscheidungsoffen ansieht, ist für Stakeholder B unverhandelbar. In der Praxis besteht daher die Gefahr, dass im Beteiligungsverfahren nur noch über Kleinigkeiten, also die "Farbe der Parkbänke", entschieden werden darf, weil dieser Punkt allen anderen Stakeholdern egal ist. Wichtig wäre daher auch, die (vermeintlichen) Grenzen der Entscheidung und ihre Gatekeeper zu benennen. Formulierungsvorschlag: "Der Entscheidungsspielraum soll vor Beginn eines Beteiligungsprozesses offengelegt und erläutert werden. Politische Interessen und rechtliche Sachverhalte, die ihn eingrenzen, sollen transparent gemacht werden."

Bei der Darlegung der Entscheidungsspielräume und ihrer im jeweiligen Beteiligungsverfahren vorgegebenen Grenzen sollte unterschieden werden zwischen unmittelbar rechtlich begründeten Beschränkungen, Begrenzungen aus der Sicht maßgeblicher am Verfahren beteiligter Akteure und jeweils welcher, z.B. Bauherrn oder anderer Vorhabenträger, Verwaltung, Politik sowie solchen Vorgaben, die auf übergeordneten, vorangegangenen Planungsschritten oder Zielentwicklungen für die Stadtentwicklung basieren, für die bereits eine Bürger\*innenbeteiligung stattgefunden hat oder wofür diese jedenfalls künftig vorgesehen ist.

## Station 5: Beteiligungskonzept entwickeln

### Kommentare des Grundsätze-Parcours

Wie wird die Beteiligung dokumentiert?
Nicht nur Ergebnisse kommunizieren, sondern auch "Lessons learned", was lief gut, was nicht so gut am Konzept
Konzept veröffentlichen --> Transparenz und Abgleich mit Verfahren ermöglichen
öffentlich zugänglich bei Land und Bezirken LEERSTANDSKATASTER einrichten
Wer entscheidet? Und ehrlich: welche Rolle spielt die Beteiligung dann noch?
Grenzen der Beteiligung deutlich machen
Wahl der Beteiligungsmethode bestimmt über Einflussmöglichkeiten, Zielgruppeneinbindung etc. --> gut wäre ein Verweis auf einen "Methodenkatalog", der zur Anwendung von Beteiligungsformen der Oberen "Stufen" (nach S. Arnstein) verpflichtet!
Ein Beteiligungsprozess schaffen die erlaubt Beteiligung am Ende ein Prozess. Beteiligungsparadox --> Interesse und Beeinflussung
"...wird rechtzeitig ein Beteiligungskonzept entwickelt" Diese passive Formulierung verschleiern Machtverhältnisse
Wie ehrlich wird kritische Beteiligung einbezogen/umgesetzt?
Zu Zeile 24 und 25: Es muss klargestellt werden, welche LEGITIMITÄT die Entscheidung am Ende hat --> siehe Umsetzung
Bürger*innen bereits vor Beginn des Beteiligungskonzeptes motivieren sich einzumischen --> Selbstorganisationen vorher wertschätzen
keine Endlosdebatten! Zeitlicher Rahmen muss gesetzt werden
Projektbezug -> ständige Teilhabe
Ab welcher Projektgröße soll ein Prozess eingeleitet werden?
Der zusätzliche Zeitaufwand muss berücksichtigt werden u. abgewogen werden was dringlicher ist, z.B. schnelles Bauen. mehr Wohnraum oder langwierige Beteiligungsverfahren
Wer das Ineinandergreifen von Planungs- und Beteiligungsprozess?
Wer definiert rechtzeitig? Was bedeutet rechtzeitig?
Budget und Zeitplanung muss Rahmen für Beteiligungskonzepterstellung darstellen --> von erstellenden muss aber Flexibilität erwartet werden, u.U Ausweitung des Rahmen
Zeile 7: Klare Zeitplanung - Nicht open end-
Wer entwickelt das Beteiligungskonzept? (neutrale Stelle, Verwaltung, Bürgerschaft etc.)
Verpflichtet von engagierten Bürger*innen zur Mitwirkung im Projektgremium? --> realistisch/leistbar?
Für welche Projekte (räuml.) wird es ein B-Konzept geben? ALLE? Wer legt die Verhältnismäßigkeit fest?
Wie wird über die "Einzelfälle" entscheiden? Was bedeutet Bürger*innen können das "anregen"?
Wer evaluiert Umsetzung des Konzepts?

Welche Projekte (und wer sucht sie aus)?
Zeile 12: Wer sind die zuständigen Stellen?
Wer setzt das Beteiligungskonzept um? (neutrale Stelle, Bürgerschaft, Verwaltung etc.)
Wie werden Zielgruppen erreicht, die sich (aus welchen Gründen auch immer) den modernen "Social Media" entziehen?
Wie wird mit wachsender Beteiligung umgegangen? Im Prozess können plötzlich mehr Bürger interessieren und sich beteiligen wollen
Beteiligung heißt: Alltagssprache verwenden
Übertragbare Konzepte entwickeln (projektneutrale) -> Synergien nutzen
Beteiligung muss auch die Minderheit berücksichtigen. Wie lärmempfindliche Bürger, gehbehinderte Bürger etc.
Wer sind diese Akteure? Definieren - jedes mal neu
Hier Einbindung des Landeskoordinierungskreis "Mitbestimmen in Berlin"/Drehscheibe Kinder- und Jugendpolitik angesiedelt beim SPJ, um Jugendliche/junge Erwachsene mit den Entwicklungsprozess einzubinden
Zeile 7: je nach Gruppengröße z.B. über Sprecher*innenrolle oder Vertreter*innenrolle
Wie sollen so viele Ressourcen (Personal) für die (angedachte) Menge an Beteiligungsprozessen gefunden werden?!
Einsatz von neuen Informationssystemen, die die Verwaltung eh/neu gestalten muss. Grundlage: z.B. Onlinezugangsgesetz, Beschwerdestelle via Datenschutz --> dafür auch Fördermittel SAWAMA BERLIN DIGITAL
Welche Projekt mit welcher Priorität (Reihenfolge der B-Pläne)?
Regelmäßige, systematische Datenerhebung/Umfragen --> wie wollen Bürger wohnen, arbeiten, sich durch die Stadt bewegen?
Partizipation bei der Bet. Konzeptentwicklung soll nicht Ausnahme, sondern die Regel sein. z.B. mindestens durch partizipativ besetzten Beteiligungsbeirat
Lust auf/ Spaß an...Beteiligung
Das Beteiligungskonzept ist kein selbstagierendes Subjekt, sondern das Ergebnis einer produktiven Auseinandersetzung von Akteuren.
In der Prozessbegleitung fachliche Kompetenz sichern! Thema ist Stadtentwicklung
Fehlt: Beteiligungskonzept als Ergebnis eines Vorgabeverfahrens! Aufgabenstellung kann abgestimmt werden



## Kommentare des Online-Dialogs

Es wäre wünschenswert, generell bereits bei der Entscheidung zu den Beteiligungskonzepten eine Partizipation zu gewährleisten, z.B. über die Einbeziehung von Partizipationsbeiräten oder -ausschüsse bei den zuständigen Stellen auf Landes- bzw. Bezirksebene oder jeweiligen Vorhabenträgern. Für häufiger auftretende ähnliche Vorhaben können dabei ja Musterlösungen für adäquate Beteiligungskonzepte entwickelt werden.
"In ausgewählten Einzelfällen wird das Beteiligungskonzept partizipativ entwickelt." Wer entscheidet wann unter welchen Voraussetzungen ein ausgewählter Einzelfall eintritt? Bei Einsatz von externen Stadtentwicklungs-/Planungsbüros sollten auch Bürger*innen bei der Formulierung von Anforderungen für die Ausschreibung und bei der Entscheidung, wer dann den Zuschlag/Auftrag erhält, ein Mitspracherecht erhalten.
kann ich Beteiligung auch anregen, ohne gleich für ein Gremium verpflichtet zu werden?
Jedes Beteiligungskonzept sollte eine Online-Beteiligung (über meinBerlin) mit berücksichtigen. Moderne Beteiligung geht nur durch ein Zusammenspiel von Online- und Vor-Ort-Beteiligung und das sollte in diesem Grundsatz bereits betont werden.
Um die Information über Beteiligungsprozesse breit zu streuen, sollte die Verwaltung bereits bekannte Stadteilvertretungen informieren. Auch wenn sie nicht speziell zu diesem Thema/Projekt aktiv sind, sind sie doch meist im Viertel gut verankert und können über ihr Netzwerk Interessierte erreichen.
In diesem Grundsatz gibt es viele unbestimmte Begriffe, z. B. rechtzeitig und detailliert. Was heißt das und wer soll das festlegen? Das Beteiligungskonzept wird als eine aktiv handelnde Person dargestellt. Es "klärt" und "benennt". Müsste es nicht heißen, dass diese Dinge mit dem Beteiligungskonzept vereinbart bzw. festgelegt werden?

## Station 6: Anregung von Beteiligung

### Kommentare des Grundsätze-Parcours

Anregung unkompliziert ermöglichen (z.B. via Online-Vorhabenliste --> siehe Stuttgart)
Wird es möglich sein sich mit anderen Interessierten über die Kanäle zu verbinden? Gibt es dazu allgemein eine Überschrift der Anregung?
Anregung muss niedrighschwellig, bürgernah an der Alltagsrealität gestaltet werden --> weniger Beamtensprache
Anregung von Beteiligung muss niederschwellig möglich sein. Keine Benachteiligung für die Bürger*innen, die wenig/nicht geübt sind in Artikulation eigener Interessen der "Lobbyarbeit" oder Selbstorganisation. Keine Erfordernis von Unterstützergewinnung für die Anregung von Beteiligung
In welchem Zeitraum kann Beteiligung angeregt werden? Z.B. 4 Wochen nach Veröffentlichung auf der Vorhabenliste
Wie spielen LI 5+6 zusammen? Partizipative vs "normale" Beteiligung

Zeile 8: "festgelegtes Verfahren" Wer legt das Verfahren fest? --> Bürokratie
Umfassen zivilgesellschaftliche Organisation auch Initiativen die nicht formal institutionalisiert sind?
Eine Art "paket-Tracking" für Anregungen --> Vor- und Nachgelagerter Schritt, welcher die Anregung durchlaufen wird
Eine Motivation für die Beteiligung: Umsetzung garantieren
auf welcher Grundlage entscheidet Abgeordnetenhaus und BW? Transparenz?
1. Der Status der eingereichten Anregung sollte transparent zurück gemeldet werden. "Wo befindet sich meine Anregung"?
Im frühen Planungsstadium sind die Inhalte noch so vage, so schwammig. Wie lockt man die Bürger zu diesem frühen Zeitpunkt zu einem Workshop? Erst wenn der Bagger da steht, kommen die Leute...
der Satz (Zeile 7/8) ist missverständlich, gemeint ist wohl, dass es ein Verfahren gibt, für welche Art von Projekten eine Beteiligung durchgeführt werden soll. Und das abhängig von der Relevanz/Größe der Projekte?!
Planungsphase "0" muss konsolidiert werden so dass frühzeitige Verfahren möglich werden. Diese muss ständig angesehen werden und Themen geschickt in den Prozess eingespeist werden
Petitionsverfahren entwickeln
Weniger e-Partizipation ermöglichen
einen Wissenspool z. V. stellen, wo schon vorhandene Ideen hinterlegt werden können
Viele wollen sich schon befestigen, wichtiger ist es Desinteressierte, aber Betroffene mit einzubeziehen
Beteiligung ernst meinen: Formate entwickeln, die mit Ehrenamt und Dienstzeit konform sind
Für die Anregung von Beteiligung niedrige Schwellen und einfache verfahren ermöglichen, um z.B. Kindern dies zu ermöglichen
Nutzen für die Beteiligung klar und deutlich herausstellen (warum soll jemd. etw. tun? Was hat er/sie persönlich davon?)
mehr e-Partizipation ermöglichen
Wie sieht das Verfahren für Bürgerbeteiligung aus und wer gibt es vor?
der Beschluss einer von Bürger*innen angeregten Beteiligung durch Politikvertreter und Verwaltung machen wiederum das Verhindern politisch nicht gewollter beteiligungsverfahren möglich! Auch hier müsste Begründungspflicht bei Ablehnung eines Vorschlags
Was ist, wenn Beteiligungsprozesse zwar "angeregt" werden, aber nicht durch Abgeordnete/BVV beschlossen werden? Was sind Kriterien?
Die jetzige Formulierung zum Beschluss ist nicht gut verständlich. Das AGH kann nicht immer gemeinsam mit Bezirke beschließen?! Was passiert bei Dissens?
Anlaufstelle für Projekte in der Berliner Mitte <a href="http://www.stadtwerkstatt.berlin">www.stadtwerkstatt.berlin</a>
Keine Parallelstrukturen schaffen
Zeile 7-10: Ist die Anlaufstelle für BürgerInnenbeteiligung auch für die Wirtschaft zugänglich?
Soll es auch für die Wirtschaft ein festgelegtes Verfahren zur Anregung von BB geben?
Zeile 3: "Wirtschaft" klare Mechanismen, dass Kapital nicht recht aushebelt
Bürgerbeteiligung heißt Alltagssprache

Aus wieviel Personen besteht eine Anlaufstelle?
Bürgerbeteiligung wird noch zu sehr als Ereignis gesehen statt als Prozess
Initiative, auch zuhören! Wir sind auch Bürger! Und dann agieren
Beteiligung als Baustein der Demokratie/politischen Bildung in Curriculae einbinden
Zeile 8: "sollen" statt "können" um zu Beteiligung zu ermutigen

## Kommentare des Online-Dialogs

<p>Das Verfahren zur Anregung von Beteiligung durch die Bürger*innen muss in den finalen Leitlinien noch genauer definiert sein. Es sollt die Möglichkeit geben sowohl informell als auch formell Beteiligung anzuregen.</p> <p>Die formelle Anregung sollte durch eine Unterschriftenliste und/oder idealerweise über die Plattform <a href="https://www.heidelberg.de/hd,Lde/HD/Rathaus/Leitlinien+Buergerbeteiligung.html">mein.berlin.de</a> passieren. Die Leitlinien in Heidelberg legen unter Punkt 5.2. ein solches Verfahren ganz gut fest: <a href="https://www.heidelberg.de/hd,Lde/HD/Rathaus/Leitlinien+Buergerbeteiligung.html">https://www.heidelberg.de/hd,Lde/HD/Rathaus/Leitlinien+Buergerbeteiligung.html</a></p>
<p>Es muss feste Nutzergruppen in Verfahren geben. Diese müssen auch als solche erkennbar sein (bspw. Verwaltung, NGOs, betroffene Bürger, Bürger anonym etc) Betroffene Bürger oder deren Vertreter sollten gezielt eingeladen werden.</p> <p>Ernstgemeinte Partizipation muss hoch-transparent sein und frühzeitig online und offline kommuniziert und gespiegelt werden.</p> <p>Die Ausgestaltung des festgelegten Verfahrens ( Stakeholder / Governance / Transparenz ) muss ein Kernelement sein.</p> <p>Andere Länder sind schon erheblich weiter und sollte als Beispiel dienen, bspw. Decidim in Barcelona</p>
<p>ich finde auch, dass das Verfahren einfach sein soll. Derzeit liest es sich so, dass es sehr kompliziert ist, wenn ich hierfür die Unterstützung der Anlaufstelle benötige. Kann ich nicht einfach irgendwo ein Kreuz setzen, das sagt: ich will mitreden? Und wenn dort x Kreuzchen stehen, müssen die Projektverantwortlichen darüber beraten und ggf. eine Nicht-Beteiligung begründen. Wenn "Beteiligung anregen" bedeutet, dass ich sehr viel Zeit hineinvestieren muss, dann ist die Hürde zu hoch.</p>

## Station 7: Frühzeitigkeit/Zeit

### Kommentare des Grundsätze-Parcours

Wie stellen Sie sicher, dass BürgerInnen aus den verschiedenen Schichten Zugang zu den Informationen bekommen?
die BürgerInnen sind ja nicht dumm! Mit gut aufbereiteten Material und Moderation kann man vieles erklären
Personen mehr Einfluss -> Früh wenig Beteiligung/Interesse Realität: später mehr Beteiligung/Interesse-> weniger Einfluss
Für die Wirtschaft klare und zeitlich kalkulierbare Prozesse definieren --> Akzeptanzerhöhend
BürgerInnen müssen "Stadtentwicklung" erst lernen. Nur, wer versteht, wie die Prozesse funktionieren, kann qualifiziert mitmachen. Vor allem bei einr frühzeitigen Beteiligung
Verschiedene Stakeholder können unter "frühzeitig" verschiedener verstehen (z.B. Planer, Verwaltung, Architekten, Bürger etc.)
Vorhabenliste im Vorfeld der Phase der Analyse des Ortes?
Frühzeitigkeit hat auch Grenzen, Grundzüge der Planung müssen bekannt sein
Wie kann Beteiligung am Ende (wenn nicht früh) erfolgen??
Wer entscheidet "frühzeitig genug"?
Wie früh ist frühzeitig? --> Immer projektspezifisch
Zum Faktor Zeit gehört auch die Regelung der zeitlichen Begrenzung des Beteiligungsprozesses Projekte dürfen nicht zerredet werden
Was bedeutet frühzeitig? Zeile 7 und 8
Frühzeitigkeit auch im Hinblick auf den Zeitrahmen der angesprochenen sehen: KiJu sind nicht für Abendveranstaltungen zu haben
Z. 16 --> nicht Information sondern Beteiligung! "früh" = sobald ein Vorhaben erwogen wird, wird zunächst mit der Bevölkerung über das "ob" (!) entschieden!
Zeilen 3-5 im Widerspruch zu Zeile 10-11 aus Punkt 4 --> wenn es "Varianten" gibt sind doch schon konkrete Veranstaltungen da --> nicht frühzeitig
"frühzeitig" muss genauer definiert werden. Wie kann aus der BürgerInnenschaft selbst etwas angeregt werden, anstatt auf den Anstoß aus der Politik warten zu müssen?
Frühzeitigkeit heißt: Vor Planung nach Umsetzung auf die Einwände der Anwohner eingehen
Zeile 4 Frühzeitig heißt in dem Moment, wo die Absicht besteht und etwas ausgelöst wird
Frühzeitig bedeutet auch vor Auslösung von Planungswettbewerben
Lokalraum für die Informationen berücksichtigen. Nicht nur elektronische Informationskanäle
Ziele sind leider am Anfang oft nicht klar
Datenflut--> zu groß in der Verwaltung --> Abfragen --> neue Technologien

Frühzeitige Info ja, aber auch zu konkreten Aussagen zum geplanten Vorhaben. D.h. Zielfindung und Analyse müssen vorhanden sein, da sonst kein wirtschaftliches Projekt machbar/realisierbar ist
Info-Kanäle. Auswahl zwischen Facebook und WhatsApp?!
Wie geht Frühzeitigkeit mit ausreichendem Informationspaket einher? Zeit: Gibt es auch Abstimmung der Bürgerinnen zu Prioritäten der Projekte? Welcher B-Plan wird zuerst bearbeitet?
Zugänge --> Beispiel --> Flyer
in Pkt. 7 auf 9 verweisen und präzisieren: frühzeitige Information muss online und offline Zugänge schaffen
unbedingt auch hier präzisieren: online und offline, digitale und analoge Formate erwähnen, auf Barrierefreiheit achten (digitale)
Z. 17 Informationskanäle offline: hier auch kommunale Flächen (Werbeflächen, BVG-Werbung/TV) nutzen --> hohe Passantenfrequenz bei gleichzeitiger Raumbezogenheit
Zeile 5 "muss" tauschen zu "sollte"
Wie wird mit den Beteiligungsparadoxen umgegangen? Interesse wächst mit fortschreitender Planung --> Einflussnahme wird jedoch immer schwieriger
Zeile 11-14: Zeitlicher Rahmen und Umfang der fachlichen Beratung (Finanzierung) muss geregelt sein
Ort sollte vorhanden sein
Die Formulierungen sind zu sehr auf Ortsbezug begrenzt. Frühzeitigkeit muss sich auch auf Entscheidungen zu "übergeordneten" Zielen und Vorgaben beziehen
Denkt an die BEP - richtige Elane
Wie wird neutrale Beratung gewährleistet? Oder sollte sie postalisch z.B. für die Schwachen sein?
Was ist eine "unabhängige" fachliche Beratung? Wer bestimmt das?
Abwägungsfrage: konzeptionelle Grundlage, die zur Diskussion gestellt werden kann, sollte vorhanden sein
bereits in Verwaltung bessere Raumplanungssoftware & Bürgerwebseiten, -interaktion und Kontakt
Vorhaben sollten auch von Bürgern eingesetzt werden können
Den Ort als Ökosystem ganzheitlich analysieren und bewerten und die Ergebnisse der Beteiligung zugrunde legen
(Sozialdaten) Geo- Scoring- Softwaresysteme
Komplex -> Verwaltung
Positiv: Spielplatz-Kommission funktioniert, leider aber nicht überall
Beteiligung nichts genutzt. Senatsgebundene Verfahren schwierig. Jeder Bezirk hat eine Anlaufstelle (für Kinder und Jugendliche)

## Kommentare des Online-Dialogs

Gerne wird vergessen, dass sich die Bürger\*innen ehrenamtlich engagieren, dafür ihre Freizeit opfern und Termine mit ihrem Berufs- und Familienleben koordiniert werden müssen. Frühzeitig heißt für mich Minimum 4 Wochen vorher. Oft ist die Terminlegung schon ein Ausschlusskriterium zur Beteiligung, Vormittagstermine können meist nur von einer sehr kleinen Personengruppe wahrgenommen werden.

Dazu sollten flexiblere Arbeitszeitmodelle für die verantwortlichen/beteiligten Verwaltungsmitarbeiter\*innen zur Verfügung stehen.

Es sollte spezifiziert werden, zu welchem Zeitpunkt ein Projekt in die Vorhabenliste aufgenommen werden soll. Z.B. wie in Heidelberg geschehen: "Frühzeitig. Die zentralen Überlegungen zu einem Vorhaben sollen spätestens drei Monate vor der Erstberatung in einem kommunalen Gremium öffentlich gemacht werden, um eine mitgestaltende Bürgerbeteiligung zu ermöglichen."

<https://www.heidelberg.de/hd,Lde/HD/Rathaus/Vorhabenliste.html>

## Station 8: Viele Verschiedene beteiligen

### Kommentare des Grundsätze-Parcours

Wie begrenzt man fair die Beteiligung von der sensiblen/akuten Projekten? (Da dort eine Vielzahl von Stimmen zu erwarten)
Keine Beteiligung von Leuten, die sich nicht mit den Themen zusammen bzw. sich nicht informieren.
Keine Beteiligung von Leuten ohne Vorwissen. Und keine Gratisgetränke.
"Qualitätskriterien" bei der Auswahl der Beteiligten -> Produktiver Beitrag statt verhindern
Wie kann eine "bunte" Beteiligung stattfinden? Meist sind immer dieselben Bevölkerungsgruppen auf den Veranstaltungen, selten z.B. Migranten
Wer macht die Öffentlichkeitsarbeit und über welche Kanäle? V.a. mit welchem Budget?
Bereits vorhandene Aktivitäten/Beteiligungen mit einbeziehen
Soziale Spaltungen bei der Teilnahme an Beteiligung zu überwinden ist anstrengend und braucht entspr. Methoden
Online-Beteiligung: damit jeder zeitlich flexibel und räumlich unabhängig mitmischen kann
Wie schafft man Konsens bei vielen verschiedenen Stimmen?
Welche Maßnahmen sind möglich/vorgesehen um fortzusetzen, welche (benachteiligten) Menschen von dem Vorhaben betroffen sind?
Für große Wohnungsbauprojekte: Die künftigen Bewohner (die Wohnungssuchenden) sind nicht vor Ort. Wie kann man diesen Personen bei konkreten Projekten eine Stimme geben? Die skeptischen Anwohner des dominieren das Stimmungsbild
Wie kann man Beteiligung von zivilgesellschaftlich nicht organisierten Bürger_innen sicherstellen? --> vermeintliche Stellvertreter_innen vermeiden
31-32 ergänzend: und Verbesserungshinweise für spätere Beteiligungsprojekte formatieren --> aus Fehlern lernen
Stakeholder- Analysen! 3. durchführen
Interesse am Vorhaben deutlich machen und danach zu Beteiligende auswählen. D.h. auch künftige Bewohner, Interessierte etc.

Auf versch. Sprachen übersetzen (auch diese Veranstaltung, z.B. mit Live-Radio-Kopfhörer-Übersetzungen...geht alles)
Interessengruppen sind nicht weg-beteiligbar. Was dann?
Aufpassen, dass Wirtschaft nicht schon vorher im Hintergrund/Heimlich "die strippen zieht"!
Personen, die im Interesse von Anderen agieren/sprechen (z.B. Lobbygruppen) u./o. Vergütung/Vorteile für ihre Aktivitäten erhalten müssen dies offenlegen (wie auch immer das im Einzelnen kontrolliert wird)
Wie wird damit umgegangen, dass verschiedene Menschen/Gruppen verschiedene Ressourcen (Geld, Einfluss, Bildung, Lobby...) haben? Wie können Schwache gestärkt werden?
Barrierefreiheit in der Ansprache garantieren
Beteiligung von Menschen mit Behinderung
UN -> Agenda 2013 sagt: leave no-one behind -> alle mitnehmen! Weiter so
Dafür ein zugänglichen Raum aussuchen, ohne Treppe
Übersetzung organisieren
Abschnitt 8, d.h. eine breite Beteiligung anzustreben, ist gut und wichtig! (und ist breiter und inklusiver als der Ansatz von "Stadt von unten")
Sprache einbinden auch (digitale) Unterstützung für "Vorleser" für Blinde mehrsprachige Websites (Berlin ist bunt)
Bei der Beteiligung darauf achten, dass Veranstaltungsräume barrierefrei sind.
Formate für Nichtakademiker einsetzen!
"Ältere" Menschen gezielt ansprechen und informieren (Non-Liner)
Beteiligung von zu zuziehenden Neubürgern
Politik muss sich mit eigener Haltung und Gestaltungswillen zu erkennen geben und beteiligen
Stärkerer Fokus auf die unmittelbar betroffenen bzw. die künftige Nutzergruppe
auch diejenigen, die schon lange /vorher) dabei sind/waren
Es reicht nicht nur auf Ziel- oder Altersgruppen zu denken, besonders in Berlin sollte die Vielfalt geschenkt werden! Kulturelle Gruppen, die in verschiedene Sprachen beteiligt werden sollten
Jeder sollte das Recht haben an dieser Veranstaltung teilzunehmen.
Zugang zu unterschiedlichen Milieus organisieren und die Beteiligung der Milieus fördern
28/29: Konkretisieren, dass Kinder-Jugendliche überall dort beteiligt werden sollen, wo ihre Belange und Interessen betroffen sind
Kinder und Jugendliche sind nicht nur bei Spielplätzen und Jugendeinrichtungen, sondern auch und gerade bei Schulen und den gesamten Stadtraum (Straßen, Parks) ExpertInnen
Kinder und Jugendliche bis 18 Jahre haben ein recht auf Beteiligung (UN- Kinderrechtskonv. Ist Bundesgesetz). Für sie müssen Ansprache, Formate und Qualitätsstandards entwickelt werden.
Kinder und Jugendliche sollten in der Präambel Erwähnung finden! Gesonderte Formate sind dann ggf. gar nicht nötig... (zzgl. 28+29)
Z. 26 Wer wirbt für Beteiligung? "neutrale" Stelle oder Vorhabenträger/oder Bezirk),...?
bei Unternehmen ist "Kundenbeteiligung" "Kiat" - state of the art

14-16 "motiviert" werden wird erfahrungsgemäß nicht ausreichen. Reinickendorf/Ost: aktuelle wir versuchen als Nachbarschaftsschub lediglich Informationen über geplante Baumaßnahmen nachkündigen und Abriss der Lauben von den Eigentümern zu bekommen und keine Chance, die Kommunikationsebene auf der sich diese befindet ist nicht zub reagieren!
Wohnungsunternehmen als Eigentümer und Initiativen von Beteiligungsprozessen akzeptieren/Rollenverständnis transparent machen
14-16 Auch die (Bau-)Wirtschaft muss Partizipationsprozesse lernen. --> frühzeitig einbinden
aktuell Betroffene nicht verunsichern durch Ankündigung des vereinfachten Enteignungsverfahrens, sondern Besitzstand sichern+
Sehe Gefahr der "Verschleppung" von zeitnahen sozialen Maßnahmen Bsp. Flüchtlingsheime, Kita, Schulen
"quartiersnahe Organisationen": --> Nachbarschaftszentren schaffen --> Dezentralität in der Stadt
z. 8-9 Grenzen des "Empowerments" von "initiativen" Gruppen setzen und akzeptieren (vorhabenbezogen)
Was/Wann ist eine wirklich repräsentative Beteiligung?
6 Anstatt Altersklassen eher inklusiv um alle Schichten, Altersstufen, Milieus und auch Menschen mit Behinderung einzuschließen
Ist "möglichst viele Beteiligte" das richtige Ziel oder sollte es sich nicht vielmehr um eine repräsentative Beteiligung gehen, auch um den Prozess besser steuern zu können?
31/32 Ja! Daten/Personen altersspezifisch und geschlechtsspezifisch aufgeschlüsselt abbilden
Durch wen wird das Beteiligungskonzept erstellt? Zu welchem Zeitpunkt? Wird das Beteiligungskonzept veröffentlicht?
51. Das Beteiligungskonzept wird nur in Ausnahmefällen partizipativ entwickeln (Wenn die Betroffenen und die Gruppen die im Beteiligungsprozess einzubeziehen sind im Beteiligungskonzept dargestellt werden, kann das prozesslimitierend sein
Wie wird Stadtentwicklungsprojekt definiert?

## Kommentare des Online-Dialogs

Mir fehlt hier ein klarer Bezug zu Berlin. Da diese Leitlinien für Berlin gemacht werden, sollten Gruppen benannt werden, die wir fördern sollten, sich in Beteiligungsprozesse einzubringen. Was ist z.B. mit Bewohner*innen aus den Außenbezirken? Was ist mit Jugendlichen oder Senioren mit Migrationshintergrund? In welche Sprachen muss ggf. übersetzt werden, damit alle Berliner*innen mitmachen können? Wonach richten wir uns, wenn wir sagen „Verschiedene“? Nach wirtschaftlichem Status, Bildung, Herkunft? All das sollte in den Leitlinien konkret für die Berliner Situation benannt werden.
Guter Punkt. Nur wer beurteilt ob jemand berechtigt ist? Der Name alleine schafft nicht zwangsläufig Transparenz. Wichtig ist die Rolle im Bezug auf das Projekt. Aber auch das ist nicht eindeutig zu bestimmen. Eine Anwohnerin könnte gleichzeitig auch Vertreterin eines Investors sein, spricht sie als betroffene Kiezbewohnerin oder als lohnabhängige Arbeitnehmerin?
Wer ist Bürger? Oder berechtigter Bürger? Was sind die Stakeholder Hierarchien? Es muss Klarheit herrschen wer was an welchem Punkt des Prozesses etwas beiträgt.



<p>Die Gewichtung der Stimmen der berechtigten Teilnehmer müssen anders bewertet werden, je nachdem ob der Teilnehmer mit Klarnamen verifiziert ist oder ob es sich um einen anonymen Kommentar handelt (wie bspw. hier: Zum registrieren reicht eine eMail. Der Beweis das ich Berliner Bürger bin muss nicht erbracht werden ).</p> <p>Auch die Teilhabe der Verwaltung, Politik und Wirtschaft muss sich an Klarnamen halten.</p>
<p>Warum sollen qualifizierte Beiträge nur von Betroffenen kommen? Wenn es um Abstimmungen geht, ist das vielleicht etwas anderes. Aber solange es um die Stärkung des Diskurses geht, sollte jede*r mitmachen dürfen, der oder die was zu dem Thema zu sagen hat. Demokratische Debatten dürfen nicht ausschließen!</p>
<p>Bürger*innen beteiligen sich freiwillig, in ihrer Freizeit, und Freizeit ist knapp. Nur wer wirklich von dem Thema/der Fragestellung berührt ist, wird ihnen einen Teil seiner oder ihrer Zeit schenkt. Das kann auch ein kleiner Kreis sein. Qualität geht vor Quantität, wenn es darum geht, Argumente auszutauschen.</p>
<p>Spezielle Formate zur Kinder- und Jugendbeteiligung bedeuten hoffentlich auch, dass ihre Belange als Teil der Öffentlichkeit mindestens gleichwertig, wenn nicht gar vorrangig (gemäß UN-Kinderrechtskonvention) berücksichtigt werden. Und zwar ebenso frühzeitig wie bei allen anderen Bürger/innen - also nicht erst und schon gar nicht ausschließlich bei der Spielplatzgestaltung.</p>
<p>Ich begrüße sehr, dass Kinder und Jugendliche unter dem Begriff BürgerInnen inklusiv gedacht werden. Auch die speziellen Formate für Kinder und Jugendliche sind der richtige Ansatz. Jedoch gilt es hier die Ergebnisse der Kinder und Jugendliche gleichberechtigt in den Beteiligungsprozess einzubringen und bei der Zielgruppendefinition im Vorfeld die Breite ihrer Betroffenheit zu berücksichtigen.</p>
<p>Dazu könnten die Schulen in dem betreffenden Viertel eingebunden werden.</p>
<p>Der Hinweis, dass die Wohnungsunternehmen zur Umsetzung der Leitlinien motiviert werden sollen steht schon in der Präambel und sollte m. E. dort zusammengefasst werden.</p> <p>Wie die Vielfalt der Teilnehmerinnen und Teilnehmer nach dem Abschluss eines Beteiligungsprozesses dokumentiert werden soll, kann ich mir noch nicht vorstellen. Soll es dafür eine Matrix geben oder soll jeder, der für einen Beteiligungsprozess verantwortlich ist, sich etwas dazu ausdenken?</p>

## Station 9: Information und Transparenz

### Kommentare des Grundsätze-Parcours

Welche Projekte werden diskutierbar? Welche bleiben außen vor?
Was "passiert" mit Vorhaben, die nicht auf der Liste stehen?
Ich wünsche mir eine Definition der "wichtigen Grunddaten einer Vorhabenliste"!
Was ist ein "Vorhaben"? Baumfällungen?
Was wird genau unter "wichtige Grunddaten" verstanden und wer definiert dies?
Verwendung von Sozialraum - Geodaten - Informationssysteme --> Websites und Apps / z.B. Kältehilfe App, mokli Straßenkinder App, zu normaler Stadt, Kiezentwicklungsprojekte
Transparenz von Geo-Scoring und negative Auswirkungen

Zur Gewährleistung, dass das Online Portal zuverlässige Ergebnisse bringt, sollte eine Identifizierung der Nutzer*innen über Servovekonto
Auf Online Plattform vorhandene Daten aller Art verlinken
Informierung über anschauliche Visualisierungen (Modelle, Karten, Beispielbilder)
Bekanntmachung auf dafür einzurichtender Online-Plattform
In Zeitungen auf online-Info aufmerksam machen
Liegenschafts-Kataster öffentlich / Bau/Planungsprojekte mehr in Webseiten d. Verwaltung/Bezirke --> Fördermittel: wachsende Stadt SAWAMA, Online-Zugangsgesetz
verständliche Information ist entscheidend, um nicht gleich bestimmte Gruppen auszuschließen (Kinder...)
Wie erreichen Sie dabei soziale Randgruppen, Bildungsferne, Jugendliche etc.? --> herkömmliche Kommunikationswege sind dafür zu flach gedacht
Ist genug Geld für die "herkömmlichen" Kommunikationswege eingeplant?
Info auch über Postwurfsendung verbreiten
Erfordert zeitliche, materielle u.a. Ressourcen!
Wer übernimmt Kosten für Öffentlichkeitsarbeit?
Aktive Beteiligung setzt auch Holschuld voraus
Wer überprüft die Ehrlichkeit?
private Interessen Beteiligter oft vorsätzlich verdeckt
Werden auch Machtverhältnisse offengelegt? z.B. Mandat, Geld, Personalressourcen
Infos gut zugänglich? Ja, bitte alle: Gutachten, akt. Planungsstand.../ aber ehrlich nichts verbergen
Bereitstellung von technischen und rechtlichen Bedingungen muss die Verwaltung leisten und nicht die Bürger
Infos auch zu sozialräumlichen Effekten/Auswirkungen kommunizieren
Werden Planungen <u>ohne</u> Beteiligung durchgeführt, muss es eine <u>Begründungspflicht</u> des Planungsträgers geben.
Zu welchem Zeitpunkt wird die Vorhabenliste veröffentlicht?
Berlin-weite Zusammentreffen -arbeit wie Berlin hat 12 Bezirke --> Jahreskalender wo alle Bürger/Verwaltung/Wirtschaft aus je 1 Bezirk verstärkt präsentieren
Inwieweit gibt es Konflikte mit dem Datenschutz?
Besonders wichtig für die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen, um keine falsche Hoffnungen zu wecken, aber trotzdem den kreativen Raum öffnen
Warum durften wir denn im Vorfeld des Bürgerentscheids Flughafen Tegel nicht <u>mehr</u> informieren?
Könnte direkt auf der Vorhabenliste Beteiligung eingefordert werden?

## Kommentare des Online-Dialogs

Die Vorhabenliste halte ich zentral für eine frühzeitige Information der Bürger\*innen. Hier fehlt noch eine Festlegung, dass alle Bezirke und Senatsverwaltungen verpflichtet werden ihre Vorhaben dort zu

<p>veröffentlichen. Außerdem fehlt eine Festlegung, wie oft die Vorhaben auf der Liste aktualisiert werden sollen. Eine direkte Möglichkeit für Bürger*innen auf der (Online-)Vorhabenliste Beteiligung anzuregen wäre außerdem sehr wichtig.</p>
<p>Dazu müsste die Parliamentsdokumentation übersichtlicher gestaltet werden. Oft gibt es bereits Anfragen von Bezirksverordneten, die über die Drucksachennummern abgelegt sind. Die Schlagwortsuche ergibt nicht immer Ergebnisse, da die Überschriften zu den Anfragen nicht eindeutig gewählt wurden. Abhilfe könnte ein Schlagwortregister schaffen. Protokolle aus den Ausschusssitzungen sind online so gut wie nie dokumentiert.</p>
<p>Wichtige Informationen zu rechtlichen und technischen Rahmenbedingungen sollen bekannt gemacht werden. Im zweiten Absatz wird das dahingehend ergänzt, das diese verständlich und zielgruppenbezogen kontinuierlich bereitgestellt werden sollen. Das ist ein sehr hoher und m. E. schwer umsetzbarer Anspruch. Wer soll diese Übersetzungsleistungen von fachlichen Untersuchungen und Arbeitsergebnissen in eine verständliche und zielgruppenbezogene Informationsvermittlung kontinuierlich leisten? Wäre der Aufwand gerechtfertigt? Ist es nicht ausreichend, wesentliche Informationen in einer Zusammenfassung bereit zu stellen? Wer etwas genau wissen möchte, wird nicht umhin kommen, Fachtexte zu lesen.</p>
<p>Bei kleinräumig verorteten Projekten der räumlichen Stadtentwicklung, wie z.B. Bauvorhaben auf konkreten Grundstücken oder Planungen die zum Wegfall vorhandener Einrichtungen oder bestehender Nutzungen führen würden, soll die Information zusätzlich zur Aufnahme in eine Vorhabenliste bitte auch frühzeitig gut erkennbar unmittelbar vor Ort bekannt gemacht werden.</p>

## Station 10: Verbindliche Rückmeldung zu den Ergebnissen der Beteiligung

### Kommentare des Grundsätze-Parcours

"lessons learned" zum abgeschl. Verfahren kommunizieren (was lief gut, was lief schlecht)
"qualitätsvolle" Beteiligung?! Wird die Qualität im jeweiligen Planungs-/Beteiligungsvorhaben individuell definiert? Von wem?
"Code of Conduct" entwickeln, der Verbindlichkeit garantiert
Konkretisierung der Rechenschaftspflicht mit einer zeitlich verbindlichen Festlegung
Wer gibt Rückmeldungen und in welcher Form? (Gespräch, schriftlich etc.)
Wie soll die Rückmeldung mit einem vertretbaren administrativen Aufwand ermöglicht werden? --> Direktes, unmittelbares Feedback
Form der Rückmeldung definieren - Mindeststandard?
Parallel zum Projekt: Mitwachsende Fortschritts-Monitoring-Darstellung z.B. Website für Bürger (ganz offen) Intranet der Projektbeteiligten
Ergebnisse aus Einzelschriften (z.B. Bürgerwerkstatt) brauchen auch eine eigene Rückmeldung. Beteiligung ist ein mehrstufiger Prozess

...dazu gehört auch, wenn (Teil)Prozesse abgeschlossen sind verhindern und wiederholen
Bei mehrstufigen Beteiligungsprozessen: alle Fachveranstaltungen müssen "liefern" und inhaltliche Inputs für die Workshops geben, Abwesenheit von entscheidenden Fachverwaltungen bei Workshops ist <u>Gift</u> für Beteiligungsprozesse
Beteiligung nach Zwischenergebnissen
...dazu gehört auch, wenn (Teil)Prozesse abgeschlossen sind verhindern und wiederholen
Entscheidungsspielraum auch den Betroffenen offerieren
Wer legt wie und warum den Entscheidungsspielraum fest? 2x
Zu "Entscheidungsspielraum" <u>mehr</u> in Grundsatz 4
Das lässt weder Diskussionen zu, noch ist es transparent
Besonders wichtig bei den Beteiligung von Kindern u. Jugendlichen, um Beteiligung hier nicht ins Leere laufen zu lassen
Stellungnahmen zu Bebauungsplänen verschwinden derzeit irgendwo im Nirwana, bzw. zwischen irgendwelchen Aktendeckeln
Was ist <u>qualitätsvolle</u> Beteiligung?

## Kommentare des Online-Dialogs

Das ist wieder so eine Gummiaussage. Wenn der Bürger beteiligt werden soll, muss er beteiligt und nicht nur informiert werden. Ansonsten ist es keine Beteiligung und jedes Wohnungsbaunternehmen könnte begründen, dass die Beteiligung bei Entscheidungen nicht möglich ist. Wenn der Bau über die Bedürfnisse der betroffenen Dritten erfolgt, und nur im Nachhinein eine "Beteiligung" beispielsweise durch Grünflächengestaltung gewährt wird, ist das eine Pseudobeteiligung und nicht akzeptabel. Grundsätzlich sollten wirtschaftliche Interessen eines Wohnungsbaus mit den Gemeinbedarfen abgestimmt und von den Bezirken als Hoheit nur zur allgemeinen Verbesserung der Stadtlage genehmigt werden. Eine Beteiligung der Öffentlichkeit und Transparenz sind in jedem Falle mit den Berliner Bürgern und einem lebenswerten Leben in der Großstadt auch langfristig mit Blick auf die Zukunft abzustimmen und ggf. den Bedürfnissen der Anwohner anzupassen. Hier geht es um die Interessen der Berliner, die hier schon jahrelang wohnen und arbeiten und ihre Politiker für Ihre Belange gewählt haben und nicht um "Neuankömmlinge". Diese wird es immer geben, auch in 100 Jahren noch.
Klar muss bereits zu Beginn eines Beteiligungsprozesses sein, an welchen konkreten Punkten, in welchem Rahmen überhaupt die Ergebnisse einer Beteiligung verbindlich sind.
Bei der Rückmeldung zu den Ergebnissen wäre mir wichtig, dass Entscheidungsprozesse und -ergebnisse transparent und nachvollziehbar dargelegt werden.
vielleicht bleiben die Neuankömmlinge ja und wollen ihre eigene Zukunft in Berlin gestalten? Wer weiß schon, wie lange ein Neuankömmling bleibt?
ich finde die Rechenschaftspflicht einen guten und wichtigen Punkt. Es gibt doch nichts unmotivierenderes, als das Gefühl, dass meine Ideen in der Schublade landen. Viel besser wäre es doch, zu sehen, dass mein Argument Gehör gefunden hat und öffentlich oder in einem Gremium zumindest diskutiert wurde. Wenn es abgelehnt wurde und die Begründung gut ist, dann muss und kann ich damit leben.

Ja gern, es wird immer Neuankömmlinge geben. Ich war vor 40 Jahren auch mal einer. Aber da habe ich den Berlinern nicht die Luft zum Atmen genommen, sondern durch Tausch einen anderen aus der Stadt gehen lassen und mich mit sehr düftigen Wohnverhältnissen begnügt. Bei dem gegenwärtigen Bauboom geht es doch ehrlich gar nicht um Bürgerbeteiligung, denn die meisten wollen ihre Wohngebiete NICHT verdichtet haben, die sind schon dicht genug. Und erst recht nicht ihre grünen Innenhöfe. Darum geht es gerade. Und das bringt die Bevölkerung zur Verzweiflung. Tausch und bezahlbare Wohnungen - das muss die Plattform sein. Nicht ein Bauen auf Teufel komm raus. Und nicht in dieser unmenschlichen Form. Da stehen ja selbst die Bezirke unter Druck, wenn sie sich dagegen verwehren. In Steglitz weiß keiner von Verdichtung. In Marzahn schießt eine Bürgerinitiative nach der anderen aus dem Boden. Hier gibt es bald diesbezüglich Vandalismus, das ist dann das Ergebnis von zu viel Mensch auf engem Raum, dort, wo es keine bzw. nicht genug Infrastruktur gibt. Nachdem 50 Schulen abgerissen wurden alleine im Stadtbezirk, sollen weil es gerade "Plan" ist, Wohnungen gebaut werden. Wenn dann alle da sind, fragt man sich, was die Leute hier sollen. Kein Restaurant, keine Kite, keine Schule, kein Platz für Arztpraxen, fehlende Freizeiteinrichtungen, keine Arbeitsplätze in der Nähe, z. Z. schlechte Anbindung an den öffentl. Personennahverkehr. So sieht es aus, es wird verheerend. Auf's Land will auch keiner, weil die Zufahrten in die Stadt verstopft sind und "draußen" auch keiner Arbeit findet. Und die städt. Wohnungsbaugesellschaften bauen IN DER STADT, die dürfen gar nicht außerhalb bauen. Und sie stapeln hoch, weil das ihrer Wirtschaftlichkeit dient. Die wollen gar keine Bürgerbeteiligung! Das muss die Stadt / die Bezirke regeln, und die tun es derzeit in keinster Weise.

## Station 11: Budget/Ressourcen

### Kommentare des Grundsätze-Parcours

Dauerhaftes Budget ist nötig! Dieses dann situationsbezogen ergänzen.
Budget so aufstellen, dass Prävention von Folgekosten Bsp.: Zusammenarbeit Stadtentwicklung mit "Sozialamt" / Wohlfahrt Vorbeugung vor Zusatzkosten aus neuen Krisen wie hohe Obdachlosenzahlen; Menschen, die in gewaltgeprägten Haushalt bleiben müssen
Über wie viel zusätzliches Personal sprechen wir in den Bezirken?
Wird jedem Bezirk das gleiche Budget zur Verfügung gestellt? Was passiert, wenn in einem Bezirk mehr Bauvorhaben / Beteiligungsprozesse stattfinden? Können weitere Ressourcen "unproblematisch" zur Verfügung gestellt werden? Was passiert mit Geldern, die nicht ausgegeben / abgerufen werden?
für die Umsetzung --> Finanzierung erster Anlaufstellen, Fachberater*innen etc. Unbedingt Finanz / Haushaltsplanung des Senats beachten --> AG-Prozess-Ende bis Sommer 2019
Streichung Zeile 8 und 9 --> es ist egal, wo, am besten, wo es passt: kann auch beim BzBM oder Stadtrat Stadtentwicklung sein. Bezirke sollen selbst entscheiden.

Was ist unter Budget zu verstehen?
1. Budget für ein bestimmtes Projekt, zu dem sich die Bürger im Vorfeld beteiligen wollen oder 2. Budget für die Bürgerbeteiligung allgemein?
Bürger*innenbeteiligung sollte noch viel weiter gehen! Z.B. durch einen Bürger*innenhaushalt zur Umsetzung von Projekten (siehe Paris).
zu Zeile 11: Was beinhaltet Ressourcen? Budget + Personal?!
Der Aufwand für Bürgerbeteiligung und der erhoffte Effekt / Mehrwert der Partizipation sollten in einem akzeptablen Verhältnis zueinander stehen. Partizipation kein Selbstzweck!
Budget belegt Ernsthaftigkeit (oder eben nicht...)
Das investierte Budget soll im Verhältnis stehen zu der Durchschlagskraft der Beiträge / Ideen.
Sich auch zugestehen können, wenn man sich etw. nicht leisten kann (Die Leitlinien wollen sehr viel...)
Ist das alles leistbar? Man muss aufpassen, dass man nicht die Schwerpunkte verschiebt. Irgendwann soll ja auch mal gebaut werden.
breite + größtmögliche Transparenz des Budgets + Entscheidung darüber gewährleisten
Gibt es dann bei der Umsetzung einen Kosten-Controller?
Wer stellt einen effizienten, ressourcenbewussten Ablauf sicher?
Wie wird gewährleistet, dass Mächtige nicht doch einfach ihre Ressourcen nutzen, um den Prozess selbstherrlich zu dominieren?
Zeile 12: Wie kommt Mensch an den Topf? --> Basiskriterien benennen
Zeile 11-12: "Die Ressourcen sollen ohne aufwendige bürokratischen Hürden <b>AKTIV</b> zur Verfügung gestellt werden."
Z. 11-12: first come, first serve? Kurzfristige Anfragen durch Initiativen im 3. / 4. Quartal müssen auch auf HH-Mittel zurückgreifen können
Sollten Träger von privaten Bauvorhaben nicht verpflichtet werden dies zu tun und nicht nur angehalten?
Was fällt alles unter "private" - bitte differenzieren: Wer auf Rendite plant und baut soll mehr zahlen müssen
Private Unternehmer*innen sollten <u>verpflichtet</u> werden Budgets für Partizipation bereit zu stellen.
Stärkung der Kinder- und Jugendbeteiligungsbüros wünschenswert
Schutz vor Spekulationsgesteigerten Grund- und Baukosten Den Spekulanten geht es ums Geld egal wer zahlt daher "gut": sozial- / quartiersorientierte Projekte geschützt vor überhöhten Boden- und Baupreisen
Welche Akteure sind in den Organisationseinheiten vertreten / präsent?
ggf. Förderung für private Vorhaben als Anreiz!?
Z. 17: alle Bauvorhaben können Auflagen bekommen --> hier muss Bezirk und Stadt mutiger werden
Personal bei den Bezirken zur Umsetzung fehlt. Wasserkopf beim Senat.

SPK gibt es nicht allen Bezirken. Damit fehlt Infrastruktur zur Umsetzung. Wie soll dieses Defizit überwunden werden?

Budget vor allem in gute Konzepte investieren, die dann immer wiederholt werden können

## Kommentare des Online-Dialogs

Ein Kompromiss wäre, dass das Land und Senat mitfinanzieren, wo ein Bezirk belegen kann, dass keine Ressourcen zur Verfügung stehen. Langfristig wäre es aus meiner Sicht aber schädlich, wenn Bezirke keine Ressourcen (Personal und Geld) einplanen, um Beteiligung zu ermöglichen, weil das Land ständig finanziell einspringt.

Da für Kinder- und Jugendliche spezielle Formate zur Beteiligung angewendet werden sollen, wäre es zwingend eine Fachberatung für diese, sehr bevölkerungsreiche, Zielgruppe eine Fachberatung zu haben. Diese kann mit den bezirklichen Koordinierungsstellen für Beteiligung und der Landeskoordinierungsstelle für Beteiligung "Drehscheibe Kinder- und Jugendpolitik" eng zusammenarbeiten.

Offen ist wer mit der "Planung, Durchführung und Bewertung" betraut ist, ausschließlich die Verwaltung? Dazu fehlen bislang die personellen Ressourcen in den Bezirksverwaltungen und dürften auch mittelfristig noch nicht zur Verfügung stehen. Wenn externe Anbieter damit beauftragt werden, sollte es möglich sein bei Ausschreibung und Entscheidung schon die Bürger\*innen zu beteiligen. Wenn es keine öffentliche Ausschreibung dazu gibt, müssen auch Bürger\*innen die Möglichkeit haben, Dienstleister dazu vorzuschlagen.

Die Verantwortung für die Beteiligung sollte i.d.R. auf der Ebene liegen, wo auch die Verantwortlichkeit bzw. Entscheidungsbefugnis für die jeweiligen Vorhaben liegt. Eine berlinweit zentral organisierte Beteiligung z.B. für Vorhaben in den Bezirken scheint wenig sinnvoll. Vielmehr müssen auch die Bezirke finanziell und personell vorab so ausgestattet werden, dass sie die Beteiligung in eigener Verantwortung leisten (bzw. an Dienstleister beauftragen) können.

## Station 12: Begleitung, Bewertung und Weiterentwicklung der Leitlinien Bürger\*innenbeteiligung

### Kommentare des Grundsätze-Parcours

terminologische Verwirrung! Begleitendes Arbeitsgremium ist ungleich Arbeitsgremium?!

genauer benennen wie begleitendes Arbeitsgremium gebildet wird (Abbild der Bevölkerung)

zeitliche Befristung des begleitenden Arbeitsgremiums

Teilnehmer des Gremiums sollen wechseln, damit möglichst viele Bürger beteiligt werden.

Wie groß ist das begleitende Arbeitsgremium? Kann es alle stadtentwicklungsbezogene Projekte begleiten?

Was passiert bei Nichtbeachtung der Leitlinien?

Was passiert wenn es Verstöße gibt? Reporting zw. den 2-5 Jahresbeständen?
Anlaufstelle bemächtigen (beim Verstoß zu reagieren? Unabhängigkeit? "shaming & blaming" --> Öffentlichkeit herstellen
"best-Practive" eines Konzepts/Verfahrens vorstellen (auch "Lessons learned" was lief nicht so gut...)
Neben der Evaluation laufender bzw. abgeschlossener Beteiligungsprozesse auch Planungsvorhaben und -prozesse, die ohne Beteiligung stattgefunden haben reflektieren!
Bewertung von a)Betroffenen b)Fachkräften C)Interessenten
Es besteht bereits Leitlinien in Berlin. Wie wird zusammengearbeitet?
Verlinkung und Abgleich mit anderen Senatsverwaltungen
Zeile 23: Umsetzung nicht nur dokumentieren sondern auch veröffentlichen und den Bürgern zugänglich machen
Positives Monitoring: Beteiligungserfolge feiern! --> wertschätzender Umgang mit Erfolgen =weniger Papier, mehr Performance
Zusätzliche Bürokratie durch Dokumentationen und Fortschreibungspflicht vermeiden!
Wie erfahren Bürgerinnen vom aktuellen Stand der Entwicklungen? --> wie werden dabei verschiedene Gruppen (Alle Jugendliche, Menschen mit Migrationshintergrund) erreicht?
"Regelmäßige" Beteiligungskonferenz --> genauer definieren, was "regelmäßig bedeutet!
Dann bitte mit mehr Einbindung der Praxis, also der Verwaltung
"bindende" EMPFEHLUNGEN
Bewertung von a)Betroffenen b)Fachkräften C)Interessenten

## Kommentare des Online-Dialogs

"Prüfung und Weiterentwicklung der Leitlinien sowie die Kontrolle ihrer Umsetzung"
Was wenn die Kontrolle ergibt, das die Umsetzung nicht nach den Ergebnissen des Beteiligungsverfahren erfolgte? Wer ist dafür verantwortlich und wie soll das gehandelt werden?



## Station 13: Themenspeicher

### Kommentare des Grundsätze-Parcours

Bürgerbeteiligungskonzept wirkt leider kleingeistig. Städtebau braucht übergreifende Planung
Wie bringt man "Architekturanspruch" und Bürger_innenmeinung zusammen (kooperativ - nicht konfrontativ)?
Künstler*innen aktiv einbeziehen auch als Möglichkeit ihr prekäres Dasein zu beenden
Aus Sicht der Kinder und Jgd. gibt es keine informelle Beteiligung
Schönheit berücksichtigen / durchsetzen
Bitte durchgängig ziel-orientiertes Formulieren
<u>Wirkung</u> evaluieren! Wurde die richtige Zielgruppe erreicht?
§8 SGB VIII schreibt die Beteiligung in allen sie betreffenden Angelegenheiten vor
Wann redet man endlich über Architekturpsychologie & Architekturästhetik. Wohnungen: Ja! Aber in Qualität und nicht Einheitsfassendenmetern!!
Veranstaltungen im Leitlinienprozess sollten im Abgeordnetenhaus stattfinden!
Ort der Bürger*innenbeteiligung ist essentiell! Barrierearm (auch akustisch), wertschätzend
Rentenerhöhungen nicht im nächsten Jahr vom Wohngeld abziehen
Wirkung der Beteiligung evaluieren - aber wie!
Den Grundsätzen müssen gute Instrumente folgen
<= mit Bildung! Beteiligungskultur soll stärker in den Schulen gefördert werden! Man <u>lernt</u> die Wichtigkeit der Partizipation
Ohne Hilfe mit Bürgerengagement gelaufen!
Vier Bürgervereine: Bürgerforum e. V.; Stadtbild Berlin e. V.; Berliner Historische Mitte e. V.; Gesellschaft Historisches Berlin; Gaben ein überragendes Symposium mit Ausstellung durchgeführt zum MOLKENMARKT /KLOSTERVIERTEL 10.-14.10. <u>Parochialkirche</u> . Auch Herr Kühne von der Senatsverwaltung war Referent. Dokumentation wird folgen. Derartige Visualisierungen wären Aufgabe des Senats gewesen. Wir haben das mit grenzwertiger Eigenfinanzierung gestemmt! Über Unterstützung würden wir uns freuen. Kontakt: <b>Hubertus Müller</b> ich stehe in ihrem Verteiler
Bürgerbeteiligung heißt Rücksicht zu nehmen! => Lärm [Bolzplätze nicht in Hhlge] => Luftverschmutzung ["Party"-Schiffe] => Rollstuhlgerechte Wege und Zugänge
VERKNÜPFUNG MIT ANDEREN BÜRGERBETEILIGUNGSVERSUCHEN => SENWEB; SENUVK... RESSORTÜBERGREIFEND
BETEILIGUNG SETZT BEI BEDÜRFNISSEN AN => WIE ABHOLEN?
Wie schafft man Akzeptanz f. Beteiligungsergebnisse f. bei Bezirkspolitik, damit umstrittene Bauprojekte nicht zum politischen Zankapfel werden
nachhaltiges Verhalten erleichtern & nichtnachhaltiges Verhalten erschweren

Müll in der Stadt eindämmen! Abgabe von Müllsäcken + Zangen an öffentl. Stellen. Bekanntgabe über Fernsehnachrichten, Plakate. Jeder mit Müll volle Sack wird mit z. Bsp. 3-5 Euro honoriert.
WETTBEWERB + PARTIZIPATION SOLLTEN MITEINANDER VERSCHRÄNKT WERDEN
<u>Grundsatz</u> des Schutzes der biologischen Vielfalt und der Gesundheit aller Menschen
Es fehlt eine Strategie zur Digitalisierung. Welche Chancen gibt es? Wo lässt sich etwas realisieren? Wie wird Zugang gesichert?
Verkehrsplanung ist Teil der Stadtplanung und gehört auf die Vorhabenliste der Leitlinie
Flaschen + Dosenpfand wieder strenger von den Unternehmen einfordern, auf alles Glas + alle Dosen! + Pfand erhöhen. "Für eine saubere Stadt"!
Grundsätze für Stadtentwicklung festlegen: nachhaltige, soziale, gerechte Stadtentwicklung
Mehr Visionen, mehr Utopien!
IDEEN- u. PLANUNGSWETTBEWERBE GARANTIEREN, DASS "BESSERE LÖSUNGEN" GEFUNDEN WERDEN.
<u>Grundsatz</u> der Aufklärung im Sinne der Bildung für nachhaltige Entwicklung
<u>Grundsatz</u> der Gewährleistung der Naturerfahrung
<u>Grundsatz</u> der Ökosystemanalyse und Bewertung sowie der Aufklärung der Bevölkerung über die Ergebnisse
<u>Grundsatz</u> der Barriere-Freiheit und Inklusion
M. Ghandi: "Die Erde reicht für jedermanns Bedürfnisse aber nicht für jedermanns Gier."
sprachliche Feinarbeit in Textentwürfen (Wiederholungen gleicher Begriffe etc.)
Leitlinien auch in leichter Sprache verfassen
<u>Grundsatz</u> : Permakultur entwickeln
<u>Grundsatz</u> : (nach Leibniz) der Einheit von Theorie und Praxis
<u>Grundsatz</u> : nachhaltig zukunftsfähigen ökologischen Fußabdruck einhalten
<u>Grundsatz</u> : global denken. Regional planen. Lokal handeln
<u>Grundsatz</u> : Einheit von - sozialem, - ökologischem und - ökonomischem beachten
<u>Grundsatz</u> : ökosystemisch* denken, planen, handeln (*=> Biosphäre)
<u>Grundsatz</u> : ganzheitlich denken, planen, handeln
nachhaltige Bauplanung - nachhaltige Wasserversorgung auch von privaten Wohnungsbaugesellschaften
<u>Grundsatz</u> : nachhaltige Entwicklung fördern
Keine Giftpflanzen ohne Kennzeichnung in öffentl. Parks neu pflanzen
<u>Grundsatz</u> : der Selbstbeherrschung im Sinne der Mäßigung im Umgang der Menschen untereinander und mit der Natur
<u>Grundsatz</u> der Verantwortung eines Jeden für alles
Giftpflanzen in Parks durch Beerensträucher ersetzen!
wenn, wo im öffentl. Raum etwas gepflanzt wird, muss auch für das Gießen gesorgt werden!
Es fehlt Qualifizierung der Bürger. Ohne Empowerment wird Beteiligung nur durch wenige gut gebildete wahrgenommen und gemacht
die <u>bisherigen</u> Verfahren mit analysieren (wo hat es bisher gehakt?)

Einbezug von neuen Themen & Fördermöglichkeiten - Onlinezugangsgesetz - Bürgerhaushalte/Budget in Bezirken bzw. Kiezfonds
Beteiligung als Schulfach!
Mehr Budget reicht nicht, es braucht Stellen in den Bezirken (B.B.-Koordinator) <u>und</u> eine Aufnahme in den Produktkatalog des Landes
Fachlich sind die Leitlinien unbestritten, aber sie setzen nicht da an, wo die Hemmnisse sind: Das Misstrauen der Bürger gegen Verwaltung
Verwaltung als wichtiger Akteur nicht abgeholt (und Adressat)
"informelle Beteiligung" außerhalb der ges. Vorgeschriebene müsse für die Akteure im Bezirk verbindlich / durchgesetzt werden. Was macht das? (Stapl / BVV)
Die Bezirke arbeiten täglich für + mit Bürgern (Beratung, Telefon, etc.). Ihre Kompetenz fließt hier nicht ein.
Zum Stichwort " <u>Neutralität</u> ": Es wird der Verwaltung gar nicht zugetraut, dass sie <u>gemeinwohlorientiert</u> handelt. "Das kann nur der organisierte Bürger."
Gilt die Transparenz auch für die Beteiligungsprozesse selbst? Kann ich im Nachhinein nachvollziehen, was passiert ist?
Beteiligung heißt nicht Friede Freude Eierkuchen = Konflikte mit Politik aushalten wie geht das?
Experten für Kommunikation einbinden => kein Verwaltungsdeutsch!
Wohnen & Arbeiten räumlich näher zusammenbringen, um so den Verkehr zu verringern u. d. Umwelt zu schonen
Expert*innen (im Kiez lokal) barrierefrei einbinden
Entscheidung der Bürger über das "OB" eines Vorhabens, nicht nur über das "WIE"!
Nicht für alle Beteiligten ist Konsens die beste Lösung. Welche Maßnahmen werden getroffen um nicht befriedigte Interessen im Blick zu behalten und zu bearbeiten?
Grundsatz: sozial und geschlechtergerechte Stadt(entwicklung) benennen! (Präambel)
Inklusiven Ansatz <u>positiv definieren</u> und Informations-hürden einbeziehen: Sprachhindernisse, Lernbehinderungen, Analphabetismus, Sinnesbeeinträchtigung

## Pecha Kucha Beiträge

Stattbau Berlin – Constance Cremer

[https://www.youtube.com/watch?v=LTr53gFJrIA&index=5&list=PLGaBIMOQv9DSOmJrHpOGIn2EaTCRU0\\_NP](https://www.youtube.com/watch?v=LTr53gFJrIA&index=5&list=PLGaBIMOQv9DSOmJrHpOGIn2EaTCRU0_NP)

BFW – Susanne Klabe

[https://www.youtube.com/watch?v=RfKguF1s2\\_I&index=4&list=PLGaBIMOQv9DSOmJrHpOGIn2EaTCRU0\\_NP](https://www.youtube.com/watch?v=RfKguF1s2_I&index=4&list=PLGaBIMOQv9DSOmJrHpOGIn2EaTCRU0_NP)

Berliner Landesarbeitsgemeinschaft Naturschutz – Manfred Schubert

[https://www.youtube.com/watch?v=0slcUyLdr1E&list=PLGaBIMOQv9DSOmJrHpOGIn2EaTCRU0\\_NP&index=3](https://www.youtube.com/watch?v=0slcUyLdr1E&list=PLGaBIMOQv9DSOmJrHpOGIn2EaTCRU0_NP&index=3)

BBU Verband Berlin-Brandenburgischer Wohnungsunternehmen e.V. – Maren Kern

[https://www.youtube.com/watch?v=53C-31Ayt1s&index=8&list=PLGaBIMOQv9DSOmJrHpOGIn2EaTCRU0\\_NP](https://www.youtube.com/watch?v=53C-31Ayt1s&index=8&list=PLGaBIMOQv9DSOmJrHpOGIn2EaTCRU0_NP)

Stiftung SPI – Konstanze Fritsch

[https://www.youtube.com/watch?v=orpsqZMs\\_LA&list=PLGaBIMOQv9DSOmJrHpOGIn2EaTCRU0\\_NP&index=7](https://www.youtube.com/watch?v=orpsqZMs_LA&list=PLGaBIMOQv9DSOmJrHpOGIn2EaTCRU0_NP&index=7)

VIA Regionalverband Berlin-Brandenburg e.V. – Emine Yilmaz, Holger Förster

[https://www.youtube.com/watch?v=aT1169Kj33w&list=PLGaBIMOQv9DSOmJrHpOGIn2EaTCRU0\\_NP&index=9](https://www.youtube.com/watch?v=aT1169Kj33w&list=PLGaBIMOQv9DSOmJrHpOGIn2EaTCRU0_NP&index=9)

Deutsches Institut für Urbanistik – Dr. Bettina Reimann

[https://www.youtube.com/watch?v=GLOo95cQCKI&list=PLGaBIMOQv9DSOmJrHpOGIn2EaTCRU0\\_NP&index=6](https://www.youtube.com/watch?v=GLOo95cQCKI&list=PLGaBIMOQv9DSOmJrHpOGIn2EaTCRU0_NP&index=6)

Berliner Mieterverein – Dr. Rainer Fritsch

[https://www.youtube.com/watch?v=gewACcG1Jac&list=PLGaBIMOQv9DSOmJrHpOGIn2EaTCRU0\\_NP&index=10](https://www.youtube.com/watch?v=gewACcG1Jac&list=PLGaBIMOQv9DSOmJrHpOGIn2EaTCRU0_NP&index=10)

Stadt von unten – Linda Schneider

[https://www.youtube.com/watch?v=elxPipxjq48&index=2&list=PLGaBIMOQv9DSOmJrHpOGIn2EaTCRU0\\_NP](https://www.youtube.com/watch?v=elxPipxjq48&index=2&list=PLGaBIMOQv9DSOmJrHpOGIn2EaTCRU0_NP)